



28. Sitzung

am Dienstag, dem 4. November 2014, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 1977

Geburtstagswünsche für Frau Präsidentin
Barbara Stamm und die Abgeordneten **Susann Biedefeld** und **Martin Neumeyer** 1977

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
"Neue Konzepte statt Pflege am Limit - für bessere Pflege in Bayern"

Ulrich Leiner (GRÜNE)..... 1977
Hermann Imhof (CSU)..... 1979 1981
Doris Rauscher (SPD)..... 1981
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER)..... 1982
Klaus Holetschek (CSU)..... 1983
Kathrin Sonnenholzner (SPD)..... 1984
Bernhard Seidenath (CSU)..... 1986
Staatsministerin Melanie Huml..... 1987

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes (Drs. 17/3518)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Ruth Waldmann u. a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes (Drs. 17/3768)

- Erste Lesung -

Kerstin Celina (GRÜNE)..... 1990 1993
Ruth Waldmann (SPD)..... 1991
Michaela Kaniber (CSU)..... 1992 1993
Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER)..... 1993

Verweisung in den Sozialausschuss..... 1994

Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Beschluss..... 1994

Eingabe
betreffend "Bayerisches Reinheitsgebot - rein ohne Gentechnik" (UV.0060.17)

Rosi Steinberger (GRÜNE)... 1994 1995 1996 1998
Klaus Steiner (CSU)..... 1995
Herbert Woerlein (SPD)..... 1996
Michael Brückner (CSU)..... 1997 1998 1999
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)..... 1998
Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER)..... 1999 2000
Dr. Otto Hünnerkopf (CSU)..... 2000
Staatsministerin Ulrike Scharf..... 2001

Namentliche Abstimmung..... 2001

Ergebnis der namentlichen Abstimmung
(s. a. Anlage 2)..... 2012

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine Dublin III-Abschiebungen von syrischen Flüchtlingen in Drittstaaten mit unzureichenden Standards bei Asylverfahren (Drs. 17/2217)

Beschlussempfehlung des
Verfassungsausschusses (Drs. 17/3581)

Christine Kamm (GRÜNE).....	2002	2004	2007
Karl Straub (CSU).....	2002	2004	
Angelika Weikert (SPD).....	2004	2007	
Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER).....	2005		
Staatssekretär Gerhard Eck.....	2006	2007	2008

Namentliche Abstimmung..... 2008

Ergebnis der namentlichen Abstimmung
(s. a. Anlage 3) 2012

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Messwerte der Strahlenbelastung von Wildbret veröffentlichen (Drs. 17/2411)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 17/3586)

Markus Ganserer (GRÜNE).....	2008
Eric Beißwenger (CSU).....	2009
Harry Scheuenstuhl (SPD).....	2010
Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER).....	2011

Beschluss..... 2012

Mitteilung gem. § 26 Abs. 2 GeschO betr. Um-
setzung von Gremien 2012

Schluss der Sitzung..... 2012

(Beginn: 14.06 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte, die Plätze einzunehmen. – Ich eröffne die 28. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor wir mit der Tagesordnung beginnen, darf ich noch drei Geburtstagswünsche aussprechen. Am 29. Oktober feierte unsere Frau Präsidentin Barbara Stamm einen runden Geburtstag. Wir haben gerade im Senatssaal darauf angestoßen. Aber der Vollständigkeit halber und für das Protokoll soll dieser Geburtstag selbstverständlich auch im Plenum noch einmal erwähnt werden, damit er für die Nachwelt nachlesbar ist.

(Allgemeiner Beifall)

Frau Kollegin Susann Biedefeld feierte am 2. November auch einen runden Geburtstag,

(Allgemeiner Beifall)

und Herr Kollege Martin Neumeyer feiert heute ebenfalls einen runden Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Die Präsidentin hat ihm schon bei dem Empfang, der soeben stattgefunden hat, gratuliert. – Im Namen des Hohen Hauses und persönlich wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Erfolg für Ihre parlamentarische Arbeit.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
"Neue Konzepte statt Pflege am Limit - für bessere Pflege in Bayern"**

Über die Regeln der Aktuellen Stunde will ich mich hier nicht weiter verbreiten; Sie können sie alle in der Geschäftsordnung nachlesen. Erster Redner ist Kollege Leiner von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Jahr Gesundheits- und Pflegeministerium in Bayern – und nahezu nichts ist passiert.

(Josef Zellmeier (CSU): Oh, oh! Das stimmt aber nicht!)

Es ist höchste Zeit, dass sich das Ministerium nicht länger mit sich selbst beschäftigt, sondern mit der Situation der alten, kranken und pflegebedürftigen Menschen in Bayern. Schon jetzt herrscht in vielen Regionen und Bereichen akuter Pflegenotstand. Bereits jetzt kommt es in zahlreichen Pflegeeinrichtungen aufgrund von Personalengpässen zu dramatischen Qualitäts- und Versorgungsmängeln. Wir kennen die Beispiele aus den Medien. Das Pflegepersonal ist mit der Situation häufig überfordert, die Schülerinnen und Schüler werden in manchen Einrichtungen regelrecht verheizt. In der Folge von Überlastung und Frustration kommt es beim Fachpersonal verstärkt zu Burn-out-Erscheinungen und psychischen Erkrankungen. Die Krankheitsquoten steigen, und die durchschnittliche Verweildauer in dem Beruf sinkt.

Die Reduzierung auf eine Notversorgung wird in immer mehr Einrichtungen zum Alltag, sowohl in den Altenheimen wie leider auch in den Krankenhäusern. Wie der aktuelle Gesundheitsreport des bayerischen Gesundheitsministeriums zeigt, führt die demografische Entwicklung in Bayern zu einem Anstieg der älteren Bevölkerung und damit zu einer steigenden Anzahl an Menschen, die im Alltag auf Hilfe und Pflege angewiesen sind. Das Risiko, an Demenz zu erkranken, steigt durchschnittlich ab dem 80. Lebensjahr deutlich an. Auch wenn die häusliche Versorgung durch Angehörige die häufigste Pflegeform ist, werden fast alle Demenzkranken im Laufe ihrer Erkrankung so pflegebedürftig, dass sie ins Heim umziehen müssen. Zwei Drittel aller Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Einrichtungen leiden inzwischen an Demenz. Auch in Krankenhäusern nehmen die Probleme mit multimorbiden Störungen zu, wobei die Demenz hierbei die größte Herausforderung darstellt.

Dem "Gesundheitsreport" zufolge ist in Bayern bis zum Jahr 2020 mit einem Anstieg der Zahl der Menschen mit Demenz um rund 20 % auf circa 270.000 zu rechnen. Dies entspricht in etwa der Bevölkerung der Stadt Augsburg, um einmal eine Vergleichsgröße zu nennen. Bis zum Jahr 2032 würde sich ihre Zahl sogar um mehr als 50 % auf rund 340.000 erhöhen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vor allem Angehörige, die Demenzkranke zu Hause betreuen, brauchen eine weitreichende Unterstützung und kompetente Beratung, die komplett finanziert werden muss. Notfalls muss Bayern hier mit einem eigenen Programm einspringen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

"Wenn Pflege zur Zerreißprobe wird", so überschreibt die "Augsburger Allgemeine" einen Artikel von ges-

tern. Sie beschreibt am Beispiel eines an Parkinson erkrankten Menschen mit Demenz die Pflege durch dessen Ehefrau. Die Gemütsschwankungen, das Nicht-mehr-Erkennen von vertrauten Personen und die völlige Veränderung der Persönlichkeit machen der hier geschilderten Frau das Leben unglaublich schwer. Viele Angehörige kämpfen zusätzlich mit Gewissensbissen, wenn sie ihre Lieben in eine stationäre Einrichtung geben. Der Sozialverband VdK hat eine Einrichtung geschaffen, in der Pflegenden mit den von ihnen Betreuten gemeinsam eine Woche verbringen können und wo sie professionelle Unterstützung erhalten. Ich muss darauf hinweisen, dass dies die einzige derartige Einrichtung in ganz Deutschland ist; sie befindet sich in Neuburg. Von solchen Einrichtungen bräuchten wir wesentlich mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern ist für diese Herausforderungen nicht gewappnet. Wir alle wissen, dass es im Falle von Demenzkranken an Pflegeberatung und an Angeboten zur Unterstützung pflegender Angehöriger und nicht zuletzt an Zuwendung in den Pflegeheimen fehlt. Die Zeit der Runden Tische ist vorbei. Jetzt ist die Zeit zu handeln. Wir brauchen jetzt eine Demenzoffensive, ein entschlossenes Handeln der Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Menschen mit Demenz dürfen nicht auf bloße Pflegefälle reduziert werden. Sie sind ein Teil unserer Gesellschaft. Sie haben einen Anspruch darauf, dass sie in Würde alt werden können und dass wir uns um sie kümmern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die strukturellen Probleme in der Pflege, der Fachkräftemangel und die chronische Unterfinanzierung in diesem Bereich sind bereits seit Langem bekannt. Trotzdem kommt es zu keinen grundlegenden Verbesserungen und zu keinen Reformen in diesem Bereich. Bayern hätte längst die Ausbildungumlage einführen können, damit die Träger von Einrichtungen, die ausbilden, dafür nicht bestraft werden.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Bisher werden Altenpflegeeinrichtungen dazu gezwungen, die Kosten für die praktische Ausbildung von Nachwuchspersonal auf die Pflegesätze umzulegen bzw. die Gebühren der ambulanten Pflege zu erhöhen. Kosten für die Praxisanleitung und die Sachkosten der Ausbildung werden überhaupt nicht refinanziert. Auszubildende Betriebe haben daher einen unzumutbaren Wettbewerbsnachteil gegenüber den Betrieben, die nicht ausbilden. Das macht circa – wir

haben es einmal ausgerechnet – 6 Euro an Mehrkosten pro Bewohner und Tag aus. Ein Heim, das ausbildet, müsste 180 Euro mehr pro Monat verlangen. Diese Mehrkosten lassen sich nur durch Einführung einer verpflichtenden Ausbildungumlage ausgleichen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Eine solidarische Finanzierung der Ausbildung verbessert außerdem die Finanzierung der betrieblichen Ausbildung und erhöht so die Motivation zur Einrichtung zusätzlicher Ausbildungsplätze. Langfristig müssen im Zuge der Generalisierung der Pflegeausbildung die Kosten der Ausbildung in der Altenpflege analog zur Krankenpflege gesetzlich abgesichert und aus Steuermitteln finanziert werden. Die Kosten der Pflegeausbildung dürfen nicht auf Dauer von den Pflegebedürftigen allein getragen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine bessere Vergütung des Fachpersonals in der Kranken- und Altenpflege ist ein weiterer Hebel zur Erhöhung der Attraktivität des Berufsbildes und zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Die höheren fachlichen Anforderungen durch die Betreuung Demenzkranker oder auch durch die Versorgung Demenzkranker mit gerontopsychiatrischen Erkrankungen und durch die Begleitung und Pflege, nicht zuletzt von Sterbenden, müssen sich auch im Gehalt des Personals ausdrücken. Da die Verhandlungsmacht der Pflegeeinrichtungen im Rahmen der Selbstverwaltung der Pflege offensichtlich nicht ausreicht, um gegenüber den Pflege- und Krankenkassen eine bedarfsdeckende Refinanzierung der Personalkosten durchzusetzen, muss die Staatsregierung eventuell auch andere Maßnahmen in Erwägung ziehen.

Wir begrüßen die Initiative des Kollegen Imhof, der einen allgemeinen, verbindlichen Tarifvertrag in allen Einrichtungen anstrebt. Dies würde die unterschiedliche Entlohnung des Personals von verschiedenen Trägern beseitigen und allen in der Pflege Beschäftigten zugutekommen, aber natürlich nur, wenn die Löhne angemessen hoch sind. Darüber hinaus bedarf es dringend der Ausbildung von Pflegefachhelfern und -helferinnen, da es schon derzeit zu wenige examinierte Pflegekräfte gibt. Viele Einrichtungen haben große Schwierigkeiten, die Fachkraftquote einzuhalten.

Bisher existieren in Bayern überhaupt keine gesicherten Daten über den zukünftigen Personalbedarf und den Bedarf an Ausbildungsplätzen in der Pflege. Dies wurde bereits in der Landtagsanhörung zur Zukunft der Alten- und Krankenpflege im Jahr 2010 von der versammelten Fachöffentlichkeit einhellig kritisiert.

Nur auf der Basis präziser Bedarfsprognosen ist eine gezielte politische Planung und Steuerung der Ausbildungsangebote möglich. Frau Staatsministerin Huml muss jetzt endlich im Landtag die Ergebnisse der in Auftrag gegebenen Studie zum Ausbildungsbedarf für die Pflege, die für den Mai zugesagt wurden, vorlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die bayerische Initiative "Herzwerker" weist zwar im Prinzip in die richtige Richtung, sorgt aber bei Weitem nicht für den notwendigen Nachwuchs. Auch die Einrichtung von Pflegestützpunkten, die 2009 beschlossen wurde, ist noch lange nicht verwirklicht. Es gibt gerade einmal acht Stützpunkte; 60 sollten es sein.

Ähnliches gilt für die Pflegekammer. Bereits im Jahr 2011 hat der damalige Gesundheitsminister Markus Söder die Einrichtung einer Pflegekammer angekündigt. Alle weiteren Schritte in Richtung Pflegekammer wurden in der schwarz-gelben Koalitionsregierung angeblich von der FDP blockiert. Die Pflegekammer gibt es leider bis heute noch nicht. Es gibt auch keine Entscheidung über die Pflegekammer, die jetzt dringend notwendig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Bayerische Staatsregierung darf nicht wie das Kaninchen auf die Schlange auf Berlin schauen. Das Thema Pflege ist von zentraler Bedeutung. Es betrifft uns alle, die wir hoffentlich alt werden. Damit steigt allerdings auch die Neigung zu Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Die Bayerische Staatsregierung steht gegenüber der bayerischen Bevölkerung in der Verantwortung, alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Pflegesituation voll auszuschöpfen. Das tut sie nach unserer Ansicht leider nicht. Die Einrichtung des Gesundheits- und Pflegeministeriums war wichtig und richtig. Frau Staatsministerin Huml muss aber jetzt unbedingt handeln.

Lassen Sie mich am Ende noch einen Dank für die großartige Arbeit aller Pflegekräfte in Bayern aussprechen, insbesondere einen Dank an die zu Hause Pflegenden, die häufig still und ohne große Unterstützung ihre Angehörigen betreuen. Sie sind für uns die wahren Helden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Imhof von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hermann Imhof (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Leiner, ich habe Sie – ehrlich gesagt – in wichtigen Debatten schon leidenschaftlicher erlebt. Ich habe heute Ihre Leidenschaftlichkeit ein bisschen vermisst.

Ich freue mich, dass ich für unsere Fraktion einige Anmerkungen zu dem Thema, das Sie hier entfalten wollen, machen darf. Das mache ich sehr gerne. - Lieber Herr Kollege Leiner, natürlich gab und gibt es eine Ministerin, die mit ganzer Leidenschaft und mit ihrer beruflichen Vorerfahrung für die Anliegen eintritt. Sie wissen, etwa 30 % der gesetzlichen Entscheidungen finden in Berlin statt. Ich finde, da macht unsere Ministerin Melanie Huml einen bravourösen Job.

(Beifall bei der CSU)

Ich blende zurück zu den Koalitionsverhandlungen: Die Ministerin ist nämlich seit Beginn der Verhandlungen zum Koalitionsvertrag für Verbesserungen in der Pflege zuständig gewesen, die wir alle wollen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Insofern bietet es sich bei diesem Thema nicht so sehr an, nur die widerstreitenden Interessen darzulegen, sondern wir sollten vor allem das darstellen, was uns verbindet.

Frau Kollegin Huml hat in Bayern aber auch bei folgenden Themen Entscheidendes beigetragen; ich nenne nur zwei Stichpunkte: Als es in der Pflegesatzkommission um die Verbesserung des Personalschlüssels ging, hat sie maßgeblich moderiert. Somit gibt es seit 1. Januar auf der Ebene der Landespflegesatzkommission einen ersten Schritt zur Verbesserung der Pflegesituation. Ich gebe zu, dass es nur ein erster Schritt ist, aber es ist ein wichtiger Schritt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Frau Kollegin, Sie haben später die Chance, sich einzubringen. Jetzt habe ich das Wort.

Die Ministerin ist aber auch dabei – Sie haben es vorher erwähnt –, bei der Ausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung ganz gezielte Vorstellungen zu entwickeln. Ich spreche jetzt nicht in Bezug auf die Pflegekammer; das macht später ein Kollege. Aber beim Pro und Contra bezüglich einer Pflegekammer geht es zunächst um Sorgfalt, um Gewissenhaftigkeit und um das Einbeziehen aller Akteure. Da kann es nicht um drei oder sechs Monate gehen. Wenn wir im Parlament später eine solche Entscheidung zu treffen haben, muss es die richtige, verantwortbare Entscheidung sein.

Herr Leiner, ich gebe Ihnen insofern recht, als die Pflegekräfte eine Plattform, eine Vertretung für sich brauchen, um ihre Anliegen ähnlich wie die Angehörigen

gen der übrigen Kammern deutlicher artikulieren zu können. Das ist unbestritten. Allerdings wird die Frage sein: Welche Form der Vertretung ist angemessen? Darum ringen die Befürworter und die Gegner. Ich möchte Sie bitten, denen noch einige Wochen Zeit zu geben. Ich glaube, dass wir dann eine vernünftige Lösung finden werden, die das Parlament mitträgt.

Sie alle wissen um den Stellenwert und die Bedeutung der Pflege. In den nächsten 15 Jahren wird es eine Million mehr Pflegefälle geben. Das eigene Ministerium in Bayern macht die Bedeutung bewusst. Warum ernennt der Ministerpräsident eine Gesundheits- und Pflegeministerin? – Weil er diesen Fragen einen erheblichen Stellenwert beimisst. Warum gibt es einen eigenen Ausschuss? Ich sage mit Blick auf die Kollegin Sonnenholzner und den Kollegen Seidenath: Wenn ich auf die letzten neun Monate zurückblicke, finde ich bei unseren Debatten wenig Fragezeichen. Das ist auch an die Adresse der GRÜNEN gerichtet. Da haben wir meistens - ich würde fast behaupten: überwiegend - sehr konsensual getroffene Entscheidungen, lediglich beim Psychisch-Kranken-Gesetz haben Sie sich ein Stück weit herausgenommen. Das haben dann die anderen Parteien auf den Weg gebracht.

Ich bin jeden Tag draußen in den Pflegeheimen und an Pflege-Stammtischen. Da sind die Arbeitsdichte, der Personalmangel und die Belastung mit Bürokratie zentrale Fragen. Diese Fragen gehen wir seitens des Ministeriums und des Landtags an, um konsequent gerade in der Bürokratie deutliche Entlastungen zu erreichen. Das muss sein; denn ich weiß, dass sich die Menschen die Seele aus dem Leib rennen und fast ein Drittel ihrer Arbeitszeit gebunden ist, um zu dokumentieren. Das muss ein Ende finden. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Auftrag in Zusammenarbeit mit dem MDK Früchte tragen wird.

Eine zweite Bemerkung gilt der Ausbildung, der Fortbildung und der Praxisanleitung. Da ist das Parlament gefordert. Es sind da aber auch alle Trägereinrichtungen stark in der Pflicht; denn bei der Praxisanleitung stellt sich letztlich die Frage: Wie viel Zeit nimmt sich ein Träger, um Nachwuchs zu generieren, der nach einem halben Jahr Berufsleben nicht gleich wieder frustriert ausscheidet, wie ich es manchmal erlebe? Konkret geht es darum, wie wir uns der jungen Menschen ernsthaft annehmen, die dann Botschafter für andere sind, welche entscheiden, ob sie in die Pflege gehen oder diesen Versuch erst gar nicht unternehmen.

Lieber Herr Kollege Leiner, zur Umlage eine klare Aussage meinerseits, die, so glaube ich, ein Großteil der Fraktion mitträgt: Die Bedarfsprognose muss sein

und, das wissen Sie, wird jetzt erstellt. Dann wird es eine Umlage geben müssen aus Fairness, Solidarität und Gerechtigkeit denen gegenüber, die Tag für Tag junge Leute ausbilden, die dann oft von anderen, die nicht ausbilden, abgeworben werden.

Drittens stellt sich die immer groß angesprochene Frage der Entlohnung. Am 19. November haben wir in Nürnberg eine Anhörung von Fachexperten. Natürlich ist das Aushandeln eines allgemeinen Tarifvertrages in erster Linie Sache der Tarifpartner. Die Politik kann allenfalls moderierend dabei sein. Das machen wir mit großem Engagement, weil ich der Meinung bin, dass es, wie es häufig der Fall ist, weder einen Preiswettbewerb der Personalkosten in den untersten Kategorien noch Dumping-Löhne geben darf. Wir müssen dem ein Stück weit entgegenreten und versuchen, hier ordentlich und fair zu bezahlen, also gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.

Eine gezielte Werbung zur Gewinnung von Personal findet statt. Wir werden die "Herzwerker"-Kampagne ausweiten. Bisher wurde dadurch eine größere Anzahl neuer Kräfte generiert. Ich bitte die Medien sehr konkret darum, in der gesamtgesellschaftlichen Diskussion den Stellenwert und die Bedeutung und die Nöte von Pflege zu thematisieren, nicht nur dann, wenn es um Skandale und schwarze Schafe geht. Wir brauchen Ihre Unterstützung. Es sind alle Akteure gefragt: die Leistungserbringer und die Kostenträger, die komplett die Personalkosten refinanzieren müssen. Das ist übrigens auch eine Leistung, die Bayern bereits früher in die Wege geleitet hat, während der Bund am 1. Juli nachgezogen hat. Tarifgebundene Unternehmen haben also jetzt die Chance, die Refinanzierung hoffentlich komplett zu bekommen.

Wenn wir in unseren Familien konkret um Pflegenachwuchs werben und zum Beispiel am Frühstückstisch zu unseren Kindern sagen: Du bist geeignet, bringst fachliches Engagement, Hingabebereitschaft, Leidenschaft und praktische Kenntnisse mit, dann darf da in erster Linie nicht dagegengeredet werden, wie ich es bisweilen erlebe: Da heißt es zum Beispiel, da gibt es eine Menge Arbeit, die schmutzig ist, die eine Geruchsbelästigung darstellt, die beeinträchtigt und nicht sehr schön ist. Wenn man so redet, dann passiert es leicht, dass in unseren Familien Leute, die bestens geeignet sind, sehr schnell kehrtmachen und diesen Beruf nicht antreten bzw. ihn schnell wieder verlassen.

Es gibt gute Gründe, stärker über die ambulante Pflege zu sprechen. In diesem Punkt ist die Große Koalition gefordert. Dabei werden sich die Vertrauenswürdigkeit und die Glaubwürdigkeit der Politik im ersten Reformschritt ein Stück weit bewahrheiten. Es muss

uns gelingen, diesen ersten Reformschritt so zu gestalten, dass er in der Bevölkerung und bei den Betroffenen hohe Akzeptanz findet.

Genau wie Kollege Leiner bedanke ich mich bei allen pflegenden Angehörigen – sie sind für mich die stillen Helden der Nation – und bei den Pflegekräften, die ihre Aufgabe im wahrsten Sinne des Wortes als Berufung wahrnehmen. Wenn wir die positiven Aspekte der Pflege in die Öffentlichkeit tragen und auch selbst leben, ist mir nicht bange, dass der erste Schritt gelingt. Daneben ist natürlich auch der zweite Schritt zu tun, den Pflegebedürftigkeitsbegriff offensiv anzugehen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, ich möchte Sie auf die Zeit aufmerksam machen.

Hermann Imhof (CSU): Ich bin auch schon fertig. - Ich wollte Sie einfach ermuntern, auch die Akteure selbst in die Pflicht zu nehmen. Manchmal wird die Politik aufgefordert: Regelt bitte alles positiv und bestmöglich. Das ist eine etwas eingeengte Sicht. Wir alle miteinander sind verpflichtet, dieses Zukunftsthema in jeder Weise bestens zu bearbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächste hat die Kollegin Doris Rauscher von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Runde Tische, Anhörungen, Moderationen, Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung - uns läuft langsam die Zeit davon, vielleicht uns hier im Plenum weniger, aber den Menschen draußen, den Pflegebedürftigen und denen, die in ihren Häusern Senioren zu pflegen haben.

"Hauptsache satt und sauber" scheint leider durchaus noch allzu oft das Motto in bayerischen Einrichtungen zu sein. Allzu oft hat die Pflege in Bayern so zu funktionieren, und das nicht erst seit gestern, sondern schon seit längerer Zeit: Pflegekräfte mit einer Verweildauer in ihrem Beruf von durchschnittlich nur acht Jahren, bettlägerige Menschen in Windeln, weil keiner Zeit hat, ihnen eine Bettpfanne zu bringen, mit Medikamenten ruhiggestellt und zum Teil immer noch an ihren Betten fixiert, und immer noch überlastete Pflegekräfte, die täglich an ihr Limit gehen. Wenn Personalmangel herrscht, bleiben Bewohner im Bett. Das ist zum Teil Hilfe zur Selbsthilfe, und es ist, so traurig es ist, zum Teil vermutlich sogar nachzuvollziehen.

Das System Pflege krankt an allen Ecken und Enden. Der Mangel an Pflegekräften nimmt dramatisch zu. Nicht nur die engagierten und wirklich motivierten Pflegekräfte werden im Stich gelassen, sondern vor allem auch die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen, und das in Zeiten, in denen die Ängste sowieso unglaublich groß sind. Dabei sollten wir alle doch nicht mit Angst in die Zukunft blicken müssen.

Es gibt Pflegeheime und Pflegedienste, in denen sich die Pflegebedürftigen wirklich sehr gut aufgehoben fühlen. Es gibt sogenannte Vorzeigeeinrichtungen. Aber oftmals fehlt selbst ihnen – wir verbringen auch relativ viel Zeit in Pflegeeinrichtungen in unserem Land und führen Gespräche – die Zeit, eine menschenwürdige Umsorgung sicherzustellen, die Zeit für Zuwendungen, für Gespräche und für das Erkennen und Aufdecken von Missständen und Problemen, Zeit für den Menschen als Individuum, Zeit, um seinen Wünschen und Vorlieben entgegenzukommen. Aber genau das brauchen wir, um in der Pflege Menschlichkeit umsetzen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Auf Bundesebene ist lange genug kostbare Zeit verstrichen. Im Rahmen der Großen Koalition konnte nun das Pflegestärkungsgesetz auf den Weg gebracht werden. Es war allerhöchste Zeit. Aber, Frau Ministerin und liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Themen müssen auch auf Landesebene angegangen werden. Die Verantwortung, die die Staatsregierung in Berlin durchaus übernimmt, muss sie auch auf Landesebene tatkräftig beweisen. Es darf nicht noch mehr Zeit verstreichen.

Die SPD-Fraktion hat in der Vergangenheit einige Initiativen zur Verbesserung der Pflege gestartet. Zur Erinnerungshilfe ein paar Beispiele: die Einführung der Ausbildungsumlage, die Refinanzierung der Praxisanleitung, die Einführung einer Personalbemessungsverordnung, die Finanzierung von Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, die Neuauflage der Investitionskostenzuschüsse, die unter Stoiber abgeschafft worden war, usw. usf. bis hin zu Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Alle diese Initiativen wurden im Ausschuss von der CSU-Mehrheit abgelehnt. Auch wenn wir, Herr Kollege Imhof, einige Themen durchaus gemeinschaftlich auf den Weg bringen konnten, konnten Sie bei zentralen Themen den Vorschlägen aus der Opposition nicht zustimmen. Trotz unserer zahlreichen Initiativen ist bis heute definitiv zu wenig passiert.

An dieser Stelle möchte ich gern Herrn Kollegen Seidenath von der CSU zitieren, der im Mai, als wir bereits einmal im Plenum über das Thema Pflege disku-

tiert haben, gesagt hat: Der Umgang mit Pflegebedürftigen ist der Prüfstein für die Humanität unserer Gesellschaft. Wenn man die Pflege in Bayern derzeit anschaut, stellt man aber fest, dass es mit der Humanität nicht unbedingt weit her ist. Wegen schlechter Finanzierung und eines Mangels an Pflegepersonal müssen Menschen täglich leiden. Das ist unerträglich.

(Beifall bei der SPD)

Um hier etwas verbessern zu können, bedarf es einiger zentraler Maßnahmen. Der Pflegeberuf muss insgesamt attraktiver werden. Die gesellschaftliche Anerkennung des Pflegeberufs muss erhöht werden. Die Entlohnung und vor allem die Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn sich die Verweildauer der Pflegekräfte im Beruf verlängern würde – das hängt maßgeblich mit den Rahmenbedingungen und den Arbeitsbedingungen zusammen –, könnten wir dem stark zunehmenden Fachkräftemangel von heute auf morgen entgegenwirken. Damit, ergänzt durch weitere Maßnahmen, wären wir gewappnet für die Welle an Pflegebedürftigen, die in den nächsten 10 bis 15 Jahren noch deutlich größer als heute sein wird.

Die Zeit zu handeln ist längst gekommen. Werden Sie gemeinsam mit uns dem Anspruch an eine menschliche und menschenwürdige Pflege gerecht! Setzen Sie sich mit uns für eine Pflege der Zukunft in Bayern ein! Ich hoffe auf Ihre Leidenschaft bei diesem Thema. Ich hoffe auf ein bisschen mehr Leidenschaft vonseiten der Ministerin; denn auch wenn ihr das Thema durchaus zentral wichtig zu sein scheint, besteht der Eindruck, dass die herzhafteste Umsetzung von Maßnahmen außer Ankündigungen auch nach einem Jahr im Amt, Frau Ministerin Huml, immer noch ausbleibt.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. - Als Nächster hat Herr Kollege Professor Dr. Peter Bauer von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meiner Rede möchte ich die positive Feststellung loswerden, dass es richtig war, die Entscheidung der Staatsregierung aus der letzten Legislaturperiode, das Sozialministerium zu entkernen und den Bereich Gesundheit dem dafür völlig ungeeigneten Umweltministerium zuzuschlagen, endlich zu

korrigieren. Das war eine der wichtigsten Neuaufstellungen im Kabinett, und wir FREIEN WÄHLER begrüßen sehr, dass erstmals ein eigenes Ministerium für Gesundheit und Pflege geschaffen worden ist. Das möchte ich an dieser Stelle lobend erwähnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir begrüßen auch die Bestellung von Herrn Imhof zum Pflegebeauftragten und gehen davon aus, dass er das Amt mit seiner bekannten Leidenschaft und seiner bekannten Intensität in die Hand nimmt. Herr Dr. Detsch, Sie können das gern weitergeben. Sonst wird immer gesagt, wir von der Opposition würden nur kritisieren, weil wir nichts anderes haben. Deswegen sollte man an dieser Stelle schon einmal sagen, was wahr ist, weil sich das gehört. Machen Sie weiter! Wir unterstützen Sie auf diesem Weg. Aber Sie müssen uns auch fordern und müssen auf die Vorschläge hören, die wir haben.

Ganz konkret sagen wir: Wir brauchen dringend ein Gesamtkonzept für die Pflege. Die demografische Entwicklung – gut, das ist jetzt auch eine Sonntagsrede – ist ja bekannt. Man weiß, wie viele Kinder bis heute, bis zum 4. November 2014, geboren wurden. Man weiß, wie sich die Bevölkerung entwickelt. Daraus muss man politisch die Konsequenzen ziehen.

Wir müssen das Ganze in kleinen Schritten verstetigen; wir müssen bei dieser Aufarbeitung konsequent weitermachen. Dazu rufe ich Sie auf, und dabei haben Sie unsere Unterstützung. Pflege braucht mehr Anerkennung. In Sonntagsreden hört sich das schön an; aber was bedeutet das konkret? Sie haben diese Frage in einer Pressemitteilung vom 08.10.2014 kurz angerissen.

Wir aber sagen: Schulterklopfen und Sonntagsreden helfen uns nicht weiter, sondern wir brauchen konkrete Anerkennung. Der damalige Ausschuss – die Ministerin war damals leider nicht anwesend – hat zwei große Expertenanhörungen durchgeführt: einmal ein Symposium der Freien Wohlfahrtspflege mit dem Thema "Absolut an der Kante - Pflege in Bayern" sowie eine Expertenanhörung zum Thema "Grauer Pflegemarkt".

In den Ergebnissen finden sich viele konkrete Punkte, wie wir das Ganze hier verstetigen können. Ich fordere Sie auf, dies endlich umzusetzen, und zwar möglichst schnell. Natürlich steht an erster Stelle eine angemessene Bezahlung. Es kann einfach nicht angehen, dass die jetzige Tendenz fortschreitet, dass die Löhne der Pflegenden gerade in den unteren Lohngruppen immer weiter abgesenkt werden.

Ich weiß, die Tarifoheit ist grundgesetzlich geschützt, das ist vollkommen klar. Aber Herr Imhof hat ja schon angedeutet – und diesen Weg unterstützen wir auch –, er werde dem Prozess moderierend beistehen und die Gespräche entsprechend begleiten, und zwar mit dem Ziel, letztendlich eine bessere Bezahlung für die Pflegekräfte zu erhalten. Das brauchen diese Kräfte; sie haben es verdient. Nur so kommen wir mit diesen ersten kleinen Schritten auch weiter.

Der zweite Schritt ist eine generalisierte Pflege. Auch darüber müssen wir uns unterhalten. Pflege muss breiter aufgestellt werden; wir müssen in den Pflegeberufen flexibler sein. Deshalb brauchen wir ganz klar ein neues Ausbildungsfach mit dem Ziel, generalisierte Pflege umzusetzen.

Über die fast unendliche Geschichte – Herr Imhof, Sie erinnern sich – mit dem Schulgeldausgleich brauchen wir uns nicht mehr zu unterhalten. Das war jedoch ein Schlaglicht, das zeigt, wie es in den letzten Jahren in der Sozialpolitik hier im Bayerischen Landtag zugegangen ist. Das war falsch, das war schlecht, und das hat uns fünf Jahre wertvolle Zeit gekostet.

Die Kampagne "Herzwerker" ist ebenfalls eingeführt worden. Ich bitte Sie – da haben Sie ebenfalls unsere Unterstützung –, diese Kampagne weiter zu aktivieren und erfolgreich umzusetzen. Dies sollte im Zusammenhang mit unserem Vorschlag geschehen, den ich als Sozialpolitiker hier schon des Öfteren vorgetragen habe, nämlich mit der Einführung bzw. Stärkung des Bundesfreiwilligendienstes, des Bufdi-Dienstes, im Sinne eines gemeinnützigen freiwilligen Jahres für alle. Das ist unser Anspruch, das ist unser politisches Alternativkonzept. Ich höre immer: Ihr habt ja keine Alternativen, ihr wisst ja nichts. – Ich habe Ihnen schon einige ganz konkrete Alternativen vorgestellt. Eine wichtige Alternative ist eben dieses gemeinnützige Jahr für alle.

Beim Bürokratieabbau – auch darüber haben wir uns unterhalten – gibt es Fortschritte, das konstatiere ich auch gerne; aber hier müssen wir Rechtssicherheit schaffen, hier müssen wir weiterarbeiten und dürfen nicht nachlassen.

Auch die Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die im Koalitionsvertrag vorgeschlagen worden ist, sollte mit dieser Expertenkommission weiter befördert werden. Den Vorschlag einer Ausbildungsabgabe – das muss ich an die Adresse der GRÜNEN sagen – lehnen wir FREIEN WÄHLER ab. Da gehen wir nicht mit.

Bayern ist derzeit mit kurzfristigen Maßnahmen beschäftigt – dazu habe ich etwas gesagt –, aber im Gesamtkonzept fehlen langfristige Maßnahmen.

Meine Redezeit ist schon vorbei, aber eine langfristige Maßnahme nenne ich Ihnen noch: eine zukunftsfeste, sozial ausgewogene und solide Finanzierung. Diese Finanzierungsbasis bekommen wir nur hin, wenn wir gesellschaftlichen Konsens erreichen, und zwar über eine deutliche Ausweitung der Einnahmehasis. Ich spreche ganz bewusst von "Basis". Die Einnahmehasis muss verbreitert werden. Nur so können wir die Probleme in der Pflege angehen, und nur so können wir den Pflegenden und zu Pflegenden helfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächster hat der Kollege Klaus Holetschek von der CSU das Wort. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir, so glaube ich, hier einen parteiübergreifenden Konsens zu einem wichtigen Thema haben, das sich nicht für parteipolitische Auseinandersetzungen eignet; denn es ist ein zentrales Thema, es ist eine zentrale Herausforderung: Es geht um die Menschen in unserer Gesellschaft. Deshalb brauchen wir ein großes Bündnis beim Thema Pflege. Wir müssen alle zusammenarbeiten, damit wir diese gesellschaftliche Herausforderung meistern können.

Ich möchte meinen Beitrag so beginnen, wie es auch die anderen Redner getan haben, nämlich mit dem Dank und dem Ausdruck des Respekts vor all denjenigen, die in der Familie Angehörige pflegen oder die als Pflegekräfte tätig sind. Jeder von uns war schon in Einrichtungen oder kennt dieses Thema aus der Familie. Da kann man wirklich nur den Hut ziehen und großen Respekt vor dieser Leistung aussprechen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLER und den GRÜNEN)

Das muss man mit ins Zentrum einer solchen Debatte stellen.

Außerdem glaube ich, dass es vom Ministerpräsidenten ein weitsichtiger Schritt war, dieses Ministerium für Gesundheit und Pflege einzurichten und mit Melanie Huml zu besetzen. Ich bin überzeugt, dass der Koalitionsvertrag – wir haben gerade das Pflegestärkungsgesetz beschlossen – auch die Handschrift dieser Ministerin trägt und dass viele Themen, die dort enthalten sind, auch durch den Einsatz bayerischer Politik zustande gekommen sind.

Herr Kollege Leiner, ich verstehe zum Beispiel nicht, warum die GRÜNEN dem Pflegestärkungsgesetz nicht zugestimmt, sondern es im Bundestag abgelehnt haben. Ich glaube, dies ist eine der größten So-

zialreformen, die wir auf den Weg gebracht haben. Deswegen stehen wir auch dahinter und freuen uns, dass der erste Schritt getan ist.

Ich sage bewusst "der erste Schritt" mit 2,4 Milliarden Euro, der zweite Schritt muss nun folgen. Das umfasst unter anderem den Pflegebedürftigkeitsbegriff, die bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf - also viele Bausteine, die wir flankieren, die wir in der CSU mittragen und die wir in Berlin mit den Kolleginnen und Kollegen diskutieren und mit auf den Weg bringen wollen.

Auch wir haben zahlreiche Anträge in den Landtag eingebracht; das will ich noch in Erinnerung rufen. Ich hatte durchaus das Gefühl, Frau Kollegin Rauscher, dass wir hier gemeinschaftlich an diesem Thema arbeiten, dass wir uns hier nicht beharkt haben, sondern dass wir alle den Willen haben, Verbesserungen zu schaffen und die Pflegekräfte zu unterstützen.

Hierzu gehört das Thema Entbürokratisierung, hierzu gehören die Modellprojekte wie "ReduDok" und andere. Es ist unglaublich wichtig, dass sie jetzt umgesetzt werden und dass wir Entlastung bringen, die letztlich wieder den Menschen zugutekommt.

Wenn es ein politisches Feld gibt, wo der Mensch im Mittelpunkt steht, dann ist es die Gesundheitspolitik, dann ist es die Pflege. Deswegen lohnt es sich, dort mit großer Leidenschaft und großem Enthusiasmus zu arbeiten.

Ich will auch das Thema Pflegekammer nicht aussparen; denn das ist ein Thema, das durchaus kontrovers und emotional diskutiert wird. Hier besteht Konsens, dass wir eine Vertretung brauchen, die die Interessen der Pflegekräfte auf Augenhöhe artikulieren kann. Diese Möglichkeit werden wir schaffen.

Ich finde es auch richtig, Frau Ministerin, dass Sie in den Arbeitsgruppen noch einmal den Dialog gesucht haben, dass Sie die Parteien an einen Tisch gebracht haben, um die verschiedenen Argumente auszutauschen. Dieser Prozess wird, so denke ich, bis Ende dieses Jahres, Anfang nächsten Jahres abgeschlossen sein. Dann werden wir sehen, wie diese Einrichtung schließlich heißt: ob es eine Kammer sein muss oder ob es etwas anderes geworden ist. Das sollten wir durchaus offenlassen. Es geht darum, dass wichtige Interessen vertreten werden können, dass die Beteiligung am Gesetzgebungsverfahren ermöglicht wird, ebenso wie die Aus- und Weiterbildung.

Es geht auch darum, dass wir diejenigen ernst nehmen, die sagen: Wir wollen keine Zwangsmitgliedschaft. – Wir wissen von den Petitionen, die uns im Ausschuss erreichen, dass viele Betroffene sagen:

Pflegekammer – ja, vielleicht, aber nicht mit einer Zwangsmitgliedschaft versehen. Auch das muss man ernst nehmen und diskutieren.

In dem Gutachten haben sich 50 % für die Kammer ausgesprochen; auf Seite 19, glaube ich, haben sich aber 51 % gegen eine Zwangsmitgliedschaft ausgesprochen. Das ist ein Widerspruch, dem man auch einmal nachgehen muss und den wir gemeinsam diskutieren müssen. Das wird sicherlich ein Thema sein, mit dem wir uns beschäftigen.

Wir werden uns noch mit einer weiteren großen Herausforderung beschäftigen – das wird der Kollege Seidenath sicher noch darstellen –, das ist das Thema "Demenz in unserer Gesellschaft". Hier sind Initiativen auf den Weg gebracht worden, die wir für richtig und wichtig halten.

Abschließend möchte ich noch sagen: Lassen Sie uns wirklich alles daransetzen, den Beruf der Pflegekraft als positiv in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken. Es hilft nichts, wenn wir Menschen, die Maschinen bedienen, besser hinstellen als Menschen, die anderen dienen. Wir müssen ein Umdenken in der Gesellschaft herbeiführen. Das können wir aber nur, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, dieses Thema noch besser nach außen darzustellen, und aufzeigen, welche Wertschätzungen wir gegenüber diesen Personen empfinden. Dann, glaube ich, sind wir gemeinsam auf einem guten Weg.

Sie dürfen sicher sein, dass wir als CSU dieses Thema sehr ernst nehmen. Ich möchte auch dem Kollegen Imhof noch einmal danken. Ich weiß, wie viel er derzeit unterwegs ist, bei Pflege-Stammtischen im ganzen Land, wo er sich den Diskussionen vor Ort stellt und die Ergebnisse ins Parlament mitbringt. Ich glaube, das ist auch ein Signal, dass wir es ernst meinen und dass wir diesem Thema ein großes Gewicht beimessen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat das Wort Frau Kollegin Kathrin Sonnenholzner von der SPD. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Präsident, Kollegen und Kolleginnen! Konsens können wir in der Tat in diesem Haus darüber erzielen, dass unser Ansinnen eine gute, ja beste medizinische Versorgung flächendeckend in ganz Bayern für die Patientinnen und Patienten ist und dass diese Versorgung gut ausgebildetes, ausreichendes und vor allem zufriedenes Personal braucht; denn die Antragsteller haben recht: Pflege ist am Limit, auch wenn man das Ihren Ausführungen

rungen, Herr Kollege Leiner, nicht so richtig entnehmen konnte.

Bei der Problemlösung sieht es leider weniger konsensual aus. Ich darf daran erinnern, dass es beunruhigende Zahlen gibt, egal ob man die Ver.di-Umfrage "Gute Arbeit im Krankenhaus" oder das "Pflege-Thermometer" oder andere Umfragen ansieht. Die Lage ist schlecht, und die Beschäftigten sind zu Recht unzufrieden.

Mit Einführung der DRGs hat es eine massive Arbeitsverdichtung in den Krankenhäusern gegeben. Zwischen 2004 und 2012 ist die Relation von Patienten pro Vollkraft bei Ärzten von 143 auf 130 gesunken – zu Recht gesunken. Das heißt nicht, dass wir zu viele Ärzte in unseren Krankenhäusern haben; denn auch die stehen unter Druck. Aber im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Patienten in der Pflege pro Vollkraft von 54 auf 59 gestiegen. Allein an dieser Zahl können Sie sehen, wie dramatisch die Lage ist. Deswegen brauchen wir die Personalbemessungsverordnung.

Und, weil wir in Bayern sind: Wir brauchen auch verlässliche und ausreichende Klinikinvestitionen; denn wenn die Krankenhäuser ihre Investitionen aus den laufenden Einnahmen decken müssen, dann bleibt eben auch weniger Geld für das Personal in den Einrichtungen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist völlig egal, ob Sie die Studien von PwC, Vbw oder von Bertelsmann oder anderen sehen, was den Pflegenotstand angeht, der schon besteht und sich noch verschärft. Die Zahlen sind immer die gleichen, aber passieren tut leider nichts oder viel zu wenig.

Aufwertung der Pflegeberufe: Selbstverständlich, wer könnte da dagegen sein? Die SPD ganz sicher nicht – auch selbstverständlich auf Augenhöhe. Die Pflegekammer lehnen wir von der SPD nach wie vor ab. Ich nütze auch diese Gelegenheit, um zu sagen: Wir halten das gerade nicht für ein Instrument, das zum Erfolg führt. Am allerwenigsten wird, Frau Ministerin, eine Pflegekammer light nach dem Motto, wer will, der darf, und wer nicht will, darf nicht, zum Erfolg führen. Denn das gibt die Pflege tatsächlich der Lächerlichkeit preis.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich für die Umfrage entschieden. Sie müssen jetzt eine Entscheidung treffen. Da ist wirklich Führungsstärke gefragt. Sie müssen diese Entscheidung treffen und können sie nicht auf viele andere Schultern abwälzen.

Viel zu sagen gäbe es zum Thema Ausbildung, auch wenn sie nicht alleine bayerische Zuständigkeit ist. Wir müssen aufgrund der Herausforderungen von Demenz und anderen Dingen in Richtung Generalistik weiterkommen.

Wir müssen weiterkommen bei der Anerkennung ausländischer Pflegekräfte, die in Bayern viel zu lange dauert. Sie haben angekündigt, dass Sie in Sachen Sprachförderung etwas tun werden. Das finde ich richtig und gut. Nur leider ist auch das eine Ankündigung geblieben. Es tut sich nichts bei der gezielten Sprachförderung ausländischer Pflegekräfte.

Ein Riesenthema sind die schwierigen Arbeitsbedingungen. Die werden wir nicht wegstreichen, weil wir immer in Pflegeheimen und Krankenhäusern 365 Tage 24 Stunden besetzen müssen. Aber Ihre Aufgabe ist es, gemeinsam mit der Staatsregierung dafür zu sorgen, dass Pflegekräfte bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verlässliche Bedingungen haben. Das ist Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung, der Sie bisher viel zu wenig nachkommen. Ich sehe auch nicht, dass das in Zukunft sein wird. Es kann nicht sein, dass jeder Landkreis für sich selber Kindertagesstätten in den schwierigen Zeiten in der Früh und abends organisiert. Es wäre als Staatsregierung auch Ihre Aufgabe, das für die Polizei und andere Beamte des Freistaates hinzukriegen, die das gleiche Problem haben.

Sie haben in dem einen Jahr 158 Pressemitteilungen herausgegeben. Vier davon beschäftigen sich mit dem Thema Pflegekräfte. Da heißt es: Man könnte, man müsste, man sollte, und wir würdigen. Etwas Konkretes haben wir noch nicht gesehen, bei aller Harmonie im Ausschuss. Wir werden im Ausschuss weiter die Themen ernsthaft diskutieren, und wir werden so bald wie möglich eine Anhörung zur Notwendigkeit der Inhalte in der Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes machen. Auch das ist ein wichtiger Schritt für die zu pflegenden Menschen. Und wir werden gemeinsam mit Ihnen, wenn Sie das wollen, dafür werben, dass mehr Menschen in die Pflegeberufe gehen, weil wir der Meinung sind: Die Pflege ist ein erfüllender Beruf und ein zukunftsfester Beruf. Aber das Werben dafür ist keine Aufgabe allein der Politik, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der wir uns gerne beteiligen. Wir rufen aber viele andere auch dazu auf, sich damit zu beschäftigen. Aber Sie müssen als Staatsregierung und als zuständige Ministerin endlich Ihre Hausaufgaben machen.

Noch ein Wort, Herr Holetschek, zu dem Thema Ministerium. Ja, das ist gut und richtig, aber wenn man ein solches Ministerium macht, muss man es auch in

die Lage versetzen, so viel Personal vorzuhalten, dass die Arbeit erledigt werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da hoffen wir zumindest auf die Sympathie der Gesundheitspolitiker bei unseren Haushaltsanträgen. Nur die Tatsache, dass sich ein Ministerium "Gesundheit und Pflege" nennen kann, macht noch keine gute Gesundheitspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Bernhard Seidenath von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie fordern mehr Leidenschaft für die Pflege und tragen dies denkbar leidenschaftslos vor.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da spricht der große Leidenschaffler!)

Sie haben gesagt, nichts sei passiert in Sachen Pflege. Sie verkennen, dass wir seit Herbst 2013 kein Schulgeld mehr für die Altenpflegeschulen verlangen, dass es eine klare Trennung zwischen den Arbeitszeiten und Schulzeiten für die Altenpflegeschüler gibt – das ist sehr wichtig -, dass wir durch die Kampagne "Herzwerker", die nach und nach ausgebaut wird, eine höhere Reputation dieses Berufes bei den Kindern und Jugendlichen und bei den Menschen, die in der Pflege tätig sind, fördern. – Entscheidend wichtig ist, dass wir durch das Pflegestärkungsgesetz I neue Leistungen schaffen.

Die GRÜNEN sagen, was alles nicht passiert ist. Ich sage Ihnen, was die GRÜNEN abgelehnt haben im Bundestag. Sie haben abgelehnt, dass wir Leistungsverbesserungen für 2,5 Millionen Pflegebedürftige ab dem nächsten Jahr haben im Umfang von 2,4 Milliarden Euro, dass die meisten Leistungsbeträge der Pflegeversicherung um 4 % pauschal steigen werden, dass wir die Pflege zu Hause und den Pflegealltag in den Heimen verbessern können.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Was haben die CSU und die FDP nicht alles abgelehnt!)

Es wird der neue Pflegevorsorgefonds eingeführt, der den Beitragssatz in 20 Jahren stabilisieren soll. Auch das wird 1,2 Milliarden Euro kosten. Der Bundestag hat dies beschlossen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur

Generationengerechtigkeit. All das haben die Antragsteller der heutigen Aktuellen Stunde abgelehnt.

(Beifall bei der CSU)

Es ist möglicherweise psychologisch bedingt, dass Sie heute das Thema für diese Aktuelle Stunde stellen. Kollege Holetschek und ich haben am 19. August in einer Pressekonferenz betont, wie wichtig das Megathema Pflege ist und wie wichtig es ist, jetzt die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Das ist das entscheidend Wichtige, worauf es ankommt.

Sie sagen, wir hätten längst die Ausbildungsumlage einführen können. Wenn Sie sich mit den Dingen befassen, so wissen Sie, dass es eine obergerichtliche Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts gibt, die besagt: Wir können nur dann die Ausbildungsumlage einführen, wenn es einen Mangel an Ausbildungsplätzen gibt. Wir haben aber einen Mangel an Bewerbern. Deswegen ist eine Kampagne "Herzwerker" und der Ausbau derselben viel wichtiger als die Einführung einer Ausbildungsumlage.

Im Übrigen sträuben wir uns gar nicht gegen die Ausbildungsumlage. Im Gegenteil, im nächsten Haushalt ist dafür Geld eingestellt. Schauen Sie nach Berlin: Es gibt ein neues Pflegeberufegesetz, das 2015 in Kraft treten soll, das eine generalistische Ausbildung bringen und diese Ausbildung auf neue Beine stellen soll in der Hoffnung, dass dann eine Ausbildungsumlage sowieso nicht mehr nötig ist, weil sich möglichst alle daran beteiligen.

Diese Dinge stehen bei uns im Mittelpunkt. Deshalb geht es nicht an, die Pflege schlechtzureden und zu sagen, was alles nicht passiert. Stattdessen kommt es darauf an, ein herzliches Dankeschön zu sagen, wie es Klaus Holetschek, Hermann Imhof und auch die Redner der Opposition getan haben, nämlich Dankeschön zu sagen an die, die sich auf diesem Gebiet einsetzen und einen aufopferungsvollen Dienst am Nächsten leisten. Sie praktizieren Nächstenliebe und leisten den Dienst am Menschen, nicht an der Maschine. Diese Menschen müssen wir nachdrücklich positiv ins Bewusstsein rücken.

In der Tat ist der Umgang mit Pflegebedürftigen der Prüfstein für die Humanität unserer Gesellschaft. Das ist das Entscheidende; darauf kommt es an. Das Thema Pflege eignet sich nicht zur parteipolitischen Profilierung. Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir nur lösen können, wenn wir alle in die gleiche Richtung ziehen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das sind immer dieselben Sprüche!)

Das haben Sie nicht getan. Die GRÜNEN haben sich bei dem Thema Pflegekammer sogar eher herausgezogen. Beim Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz und bei der heutigen Aktuellen Stunde haben sie den Konsens verlassen. Das ist schade; denn wir haben die Verpflichtung, das Thema für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, für die Pflegebedürftigen und für die Pflegenden gemeinsam anzupacken und an einem Strang in die gleiche Richtung zu ziehen.

Demenz ist die moderne Geißel der Menschheit. Täglich erkranken weltweit 28.000 Menschen an Demenz. Wir werden im nächsten Jahr eine bayerischen Demenz-Survey auflegen und die Versorgungsforschung stärken, um zu sehen, wie die Demenzkranken und ihre Angehörigen leben und wie die Angebote ankommen, die wir und die Staatsregierung hier aufgelegt haben. Wir müssen die Versorgungsforschung stärken, weil wir nicht wissen, woher Demenz kommt. Wir können diese Krankheit nicht heilen. Wir kennen nicht einmal ihre Ursachen.

Diese Punkte müssen wir entscheidend auf den Weg bringen. Wir dürfen nicht darüber klagen, was alles nicht passiert ist und wie schwierig es ist, sondern wir müssen die Pflege und die Pflegenden positiv ins Bewusstsein rücken. Genau das können wir jetzt tun; genau das haben wir jetzt getan. Ich danke allen, die sich aufopferungsvoll für ihre Mitmenschen einsetzen, und danke Ihnen von Herzen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Frau Staatsministerin Melanie Huml das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuallererst mit dem Mythos aufräumen, dass ein Jahr lang nichts geschehen sei. Gerade im Pflegebereich ist im letzten Jahr unwahrscheinlich viel getan worden. Wir merken hier, dass in den verschiedenen Fraktionen unwahrscheinlich viel Engagement vorhanden ist, das wir gemeinsam für diese wichtige Zukunftsaufgabe bündeln sollten. Das Thema Pflege und demografische Entwicklung ist ein Zukunftsthema. Ich freue mich, wenn wir hier alle gemeinsam an einem Strang ziehen, um dieses Thema voranbringen zu können.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen dafür aber die Beteiligung verschiedenster Ebenen. Ich war erst eine Woche im Amt und saß bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin. Sie wissen,

wir haben seit 20 Jahren die Pflegeversicherung. Wir haben jetzt eine sehr große Reform vor uns. Nur zehn Monate nach dem Beschluss in den Koalitionsverhandlungen wird diese Reform im Bundesrat verabschiedet und weitergebracht. Darin sehe ich keine Zeitverzögerung, sondern ein Jahr des Engagements für die Pflege, die so wichtig ist.

(Beifall bei der CSU)

Dieses Bündel, das wir in der ersten Stufe der Pflegereform auf Bundesebene haben, enthält viele Anliegen, die auch bayerische Anliegen sind: Flexibilisierung, Kurzzeit- und Verhinderungspflege, Tages- und Nachtpflege. Es war uns sehr wichtig, für die Angehörigen und die zu Pflegenden adäquate Angebote zu haben, die so flexibel sind, dass sie auch angenommen werden können. Das erhoffen wir uns, und dafür haben wir gekämpft und uns eingebracht.

Deswegen war es notwendig, zuerst mit aller Kraft bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin darauf hinzuwirken, dass all das, was wir jetzt für Bayern brauchen, auch umgesetzt werden kann. Dazu gehören Leistungsverbesserungen und ein Pflegevorsorgevorhaben, um die langfristige Finanzierbarkeit der Pflege voranzubringen. Es ist mir auch ein großes Anliegen, dabei nicht von heute auf morgen vorzugehen, sondern mit unserem Koalitionspartner auf Bundesebene zusammen langfristig zu denken. Wir sind auch in die langfristige Absicherung über den Pflegevorsorgefonds eingestiegen; denn wenn wir Pflege als Zukunftsthema setzen wollen, brauchen wir Langfristigkeit im Denken. Um das mit umsetzen zu können, sollte man sich einmal einen Monat mehr Zeit nehmen.

Mir ist entscheidend wichtig, dass wir in Berlin nicht nach der ersten Stufe Schluss machen. Die zweite Stufe ist ganz dringend nötig. Jeder, der in dem Thema drin ist, weiß, dass ich hier den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und damit auch die Demenzkranken meine, die an kognitiven Einschränkungen leiden. Sie müssen in der Pflege adäquat berücksichtigt werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich werde als bayerische Gesundheitsministerin dieses Thema nicht ruhen lassen. Mein Ziel ist es, noch in dieser Legislaturperiode die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs auf den Weg zu bringen, weil dieser auch der bayerischen Bevölkerung nutzt. Deswegen müssen wir immer schauen, wo wir uns diesbezüglich in Berlin einbringen und Akzente setzen können. Das werden wir auch weiter tun.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Professor Bauer, dazu gehört ganz klar auch das Thema Generalistik. Ich bin völlig Ihrer Meinung, dass wir bestrebt sein müssen, dass Altenpflege und die Pflege im Krankenhaus in einer generalistischen Ausbildung zusammenkommen. Wir werden auch hier versuchen, die Umsetzung mitzugestalten und uns von Bayern aus mit einzubringen. Dabei bin ich für Vorschläge offen, um auch auf Bundesebene entsprechende Anstöße geben zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns natürlich nicht nur auf Bundesebene eingebracht und eingesetzt. Auch auf Landesebene ist im letzten Jahr unwahrscheinlich viel geschehen. Wir haben ein eigenes Ministerium für Gesundheit und Pflege, wir haben einen bayerischen Patienten- und Pflegebeauftragten, Hermann Imhof, der sich unwahrscheinlich einbringt und einsetzt. Er ist Ansprechpartner für die Pflegekräfte und für diejenigen, die sich als Angehörige zu Hause um jemanden kümmern.

Wir haben über Pflege als Zukunftsthema und über Leidenschaft gesprochen. Dabei ist es sehr wichtig, dass wir noch viel mehr Personen begeistern, diesen Beruf zu ergreifen. Dazu gehört ein gutes Image. Dazu gehört gute Entlohnung. Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen. Wir müssen das gemeinsam angehen. Wir sind ja schon dabei.

Wie Sie gesehen haben, habe ich im Oktober einen Fünf-Punkte-Plan zur Fachkräftenachwuchsgewinnung auf den Weg gebracht. Ziel ist es, noch mehr junge Menschen oder alle Altersgruppen dafür zu gewinnen, den Beruf des Altenpflegers zu ergreifen. Dabei sind für mich verschiedenste Bereiche sehr wichtig: Dazu gehört – ich führe es dann noch etwas weiter aus –, eine Ausbildungsumlage, um die Finanzierung zu gewährleisten. Dazu gehören die Sicherstellung der Praxisanleitung und der Ausbau der "Herzwerker"-Kampagne. Dazu gehören auch ein Projekt zur Verringerung von Ausbildungsabbrüchen sowie eine weitere Anstrengung zur Entbürokratisierung. Hier sind schon viele Gespräche mit den Verbänden, Trägern, Einrichtungen und Leistungserbringern gelaufen. Wir dürfen nicht vergessen, diese immer mitzunehmen und an Bord zu haben. Es nützt nämlich nichts, wenn wir nur eine Praxisanleitung auf dem Papier haben, die aber in den Einrichtungen nicht umgesetzt wird. Deshalb ist es für mich entscheidend, sie alle mit ins Boot zu nehmen, damit es nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis funktioniert.

Sie wissen, dass die Ausbildungsumlage in manchen Bundesländern, die eine solche Praxisumlage auf den Weg gebracht hatten, vom Gericht wieder aufgehoben worden ist. Ich möchte nicht, dass die Umlage, die wir

in Bayern auf den Weg bringen, gerichtlich wieder aufgehoben wird. Deshalb haben wir uns die Zeit für eine Studie genommen. Sie wurde dem Landespflegeausschuss im Mai vorgestellt. Da es Nachfragen gab, wurde an der Hochschule noch einmal nachgearbeitet. Sie können diese Studie heute Abend gerne in Ihren Briefkästen haben.

Eines möchte ich ganz klar sagen: Die Studie liefert eine gute Grundlage, in Richtung einer Umlage zu denken. Wir dürfen aber nicht die Augen davor verschließen, dass es bereits jetzt Ausbildungsplätze gibt, die frei bleiben werden. Es gibt also ein Angebot. Eine Umlage allein wird uns nicht sofort ein Mehr an Auszubildenden oder ein Mehr an Ausbildungsplätzen bringen. Sie schafft aber etwas mehr Gerechtigkeit für diejenigen, die sich an der Finanzierung der Ausbildung beteiligen. Deshalb bin ich persönlich für eine Umlage. Ich möchte aber, dass sie rechtlich sauber auf den Weg gebracht wird, damit sie nicht aufgehoben werden kann. Deswegen habe ich im Landespflegeausschuss auch eine Arbeitsgruppe mit den Wohlfahrtsverbänden und den Trägern gebildet. Wenn der Landtag die dort erarbeiteten Vorschläge mitträgt, werden wir dieses Thema angehen. Ich habe heute sehr viel Zustimmung erfahren. Deshalb freue ich mich darauf, dass wir bei diesem Thema gemeinsam arbeiten können.

(Beifall bei der CSU)

Zur Praxisanleitung: Ich habe mit vielen gesprochen, die gerade die Ausbildung durchlaufen. Leider hängt die Frage, ob ein Mensch, der eine Ausbildung durchläuft, in diesem Beruf bleibt, nach wie vor von der Einrichtung ab, in der er seine Ausbildung absolviert. Davon hängt auch ab, ob dieser junge Mensch andere junge Menschen dazu motiviert, in diesen Ausbildungsberuf zu gehen, oder ob er ihnen rät, davon die Finger zu lassen. Wir brauchen eine gute Praxisanleitung, damit die Jugendlichen keinen Praxisschock bekommen. Sie sollen dabeibleiben und sagen: Das ist der Beruf, in dem ich mein Leben lang arbeiten möchte. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass die Einrichtungen und deren Träger mitmachen. Wir brauchen sie in unserem Boot, um die Situation zu verbessern und eine Praxisanleitung zu schaffen, die für die Auszubildenden ein Maßstab ist.

Unsere "Herzwerker"-Kampagne läuft. In den letzten Jahren hat die Zahl derjenigen, die in einen entsprechenden Ausbildungsberuf gegangen sind, um 28 % zugenommen. Es stimmt also nicht, dass wir nichts getan und nur zugewartet hätten. Wir haben diese Kampagne auf Männer sowie auf Menschen mit Migrationshintergrund ausgeweitet, um diese Gruppen stärker für den Pflegeberuf zu begeistern. Hier tut

sich bereits etwas. Ich möchte diese Kampagne noch weiter verstetigen, weil wir bereits einen Erfolg sehen.

(Beifall bei der CSU)

Beim Gespräch mit den Pflegekräften wird immer wieder der Zeitmangel angesprochen. Viele fragen in diesem Zusammenhang nach der Dokumentation. Ich kann nur sagen: Vieles, was heute dokumentiert wird, ist nicht notwendig. Ich fordere die Menschen, die draußen tätig sind, immer wieder auf, den Mut aufzubringen, um zu hinterfragen, was wirklich notwendig ist. Eine gewisse Dokumentation ist nötig. Es ist wichtig zu dokumentieren, ob eine Bewohnerin in der Nacht Fieber hatte, ob sie aus dem Bett gefallen ist oder ob es besondere Vorkommnisse gab. Vieles wird jedoch nur dokumentiert, weil das schon immer gemacht wurde, weil sich das so eingeschliffen hat oder weil man auf der sicheren Seite sein möchte.

Wir befinden uns mit den Trägern und den Einrichtungen im Gespräch über "ReduDok" und über die Vorschläge von Frau Beikirch. Wir fragen, was die FQA, also die Heimaufsicht, und der MDK tun. Wir wollen die Dokumentation reduzieren. Bei der FQA legen wir sehr viel Wert darauf, dass bei einer Prüfung vor allem die Menschen und weniger das Papier angeschaut werden. Den Vorrang muss die Frage haben: Wie geht es dem Menschen? - Meine Damen und Herren, wenn Sie hören, dass Prüfungen anders verlaufen, dann sagen Sie mir das bitte. Ich gehe solchen Fällen gerne nach; denn uns muss es um die Menschen gehen. Deshalb glaube ich, dass wir beim Thema Dokumentation in der nächsten Zeit etwas erreichen können.

Zu den Arbeitsbedingungen: In der Landespflegegesetzkommission konnte auch durch unsere Vermittlung erreicht werden, dass Tariflöhne in der Pflege berücksichtigt werden. Für mich war es entscheidend, dass wir dieses Ziel nicht nur in Bayern erreichen. Auch auf der Bundesebene haben wir darauf hingewirkt, dass Tariflöhne nicht aus Gründen der Wirtschaftlichkeit abgelehnt werden. Pflegekräfte sollen nicht nur in Bayern gut nach Tariflöhnen bezahlt werden, sondern im ganzen Bundesgebiet. Dieses Ziel konnten wir in den letzten zwölf Monaten auf Bundesebene umsetzen.

Ein Heim mit 80 Personen kann inzwischen zwei Personen mehr einsetzen. Auch dies ist in den letzten zwölf Monaten ermöglicht worden. Für die Unterstützung pflegender Angehöriger wurden 100 Fachstellen und 500 niedrigschwellige Betreuungsangebote geschaffen. Diese Zahlen sollen und werden steigen.

Im Pflegestärkungsgesetz ist die Förderung neuer ambulanter Wohnformen vorgesehen. Auch die Kommunen werden gestärkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Pflegekammer: Ich habe im Februar dieses Jahres gesagt, dass ich bis zum Ende des Jahres eine Entscheidung treffen werde. Dieses Jahr hat noch zwei Monate. Wir sind gerade mitten im Entscheidungsprozess. Die Sitzungen der Arbeitsgruppe sind abgeschlossen. Für mich wäre es ein Leichtes gewesen, in dieser Angelegenheit eine Entscheidung zu treffen. Wir haben uns aber die Mühe gemacht, mit Vertretern, die für eine Kammer sind, und mit Vertretern, die gegen eine Kammer sind, zu diskutieren. Ich möchte, dass sich möglichst viele an dieser Entscheidung beteiligen und dass die Entscheidung von möglichst vielen mitgetragen werden kann. Deswegen habe ich mir die Zeit genommen und mir sehr viel Mühe gemacht.

Am Ende ist es immer gewinnbringend, wenn man sich die Argumente derjenigen, die dafür sind, und derjenigen, die dagegen sind, angehört hat. Aus dieser Diskussion kann man die Argumente und die Essentials herausziehen. In den nächsten Wochen werden wir versuchen, das, was alle für notwendig halten, nämlich eine starke Interessenvertretung für die Pflege, in eine Form zu gießen, mit der sich möglichst viele identifizieren können. Ich hoffe, dass wir im Landtag dafür die Mehrheit bekommen werden, auch wenn wir dafür eine finanzielle Unterstützung brauchen. Mir ist dabei die aufzuwendende Sorgfalt wichtiger als die Zeit. Ich habe mir deshalb diese Zeit genommen und werde sie mir auch noch die nächsten Wochen nehmen. Zum Ende dieses Jahres werde ich Ihnen meine Entscheidung mitteilen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich bei denjenigen bedanken, die sich Tag für Tag und Nacht für Nacht um andere Menschen kümmern. Sie übernehmen die Verantwortung für pflegebedürftige Menschen, sei es zu Hause, sei es in den Pflegeeinrichtungen. Ich erlebe hier unheimlich motivierte, leidenschaftliche Menschen, die sich engagieren, die aber auch Anliegen haben, die Zeit benötigen, gut ausgebildet sein müssen und gut bezahlt werden sollen. Diesen Menschen sage ich ein ganz herzliches Dankeschön.

Liebe Kathrin Sonnenholzner, Du hast die Krankenhauspflege genannt. Über dieses Thema haben wir gestern in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe intensiv diskutiert. Wir sind hier nicht untätig geblieben. Wir werden zur Krankenhauspflege gute Beschlüsse auf den Weg bringen.

Noch einmal: Alles Gute für diejenigen, die in der Pflege tätig sind! Sie können sich darauf verlassen: Ich bin eine Kämpferin für Gesundheit und Pflege. Ich werde auch in Zukunft leidenschaftlich dafür kämpfen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe gemeinsam die **Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes (Drs. 17/3518) - Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Ruth Waldmann u. a. und Fraktion (SPD) zur Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes (Drs. 17/3768) - Erste Lesung -

Den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begründet nun Frau Celina. Später spricht für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Waldmann. Bitte schön, Frau Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): W-A-T-E-R – Wasser – diese fünf Buchstaben, im Fingeralphabet auf Helen Kellers Hand geschrieben, öffneten dem im Jahr 1890 geborenen taubblinden Mädchen das Tor zur Welt. Als ihr kaltes Wasser über die Hand rann und ihre Lehrerin gleichzeitig Buchstaben in die Hand schrieb, entdeckte Helen, dass sie sich trotz ihrer Taubblindheit mit anderen Menschen verständigen und an der Welt teilhaben konnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, wer von Ihnen das Buch von Helen Keller kennt. Ich kann Ihnen nur empfehlen, es zu lesen. Es zeigt nicht nur, wie ein Mädchen trotz ihrer durch eine Hirnhautentzündung im Alter von zwei Jahren verursachten Taubblindheit ein Tor zur Welt aufstößt, wie sie lernt, übrigens sogar Fremdsprachen, wie sie studiert und sich trotz ihrer Behinderung politisch engagiert. Es eröffnet auch uns gesunden Menschen ein Tor zu einer Welt, die wir kaum kennen, nämlich die Welt der taubblinden Menschen. Und es zeigt eines: Selbst mit einer derart schweren Behinderung kann man am Leben teilhaben.

Die Teilhabe ist, wie man heute sagen würde, personal- und kostenintensiv. Das gilt nicht nur für blinde und taubblinde Menschen, die jetzt schon mit dem

Bayerischen Blindengeld berücksichtigt werden, sondern auch für Menschen, die hochgradig sehbehindert sind und deren Sehschärfe nicht mehr als 5 % auf dem besseren Auge beträgt, wohlgemerkt. Auch sie benötigen persönliche Assistenz sowie technische Hilfsmittel zur Kommunikation. Auch sie benötigen Hilfe zur Mobilität und zur Bewältigung des Alltags. Der dauerhafte Hilfebedarf führt zu einer erheblichen finanziellen Belastung der betroffenen Personen. Sie sind deshalb auf eine Ausgleichsleistung angewiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb fordern wir mit unserem Gesetzentwurf für hochgradig sehbehinderte Menschen ein abgestuftes Blindengeld in Höhe von 30 % des an blinde Menschen gewährten Blindengeldes. In anderen Bundesländern gibt es übrigens einen Nachteilsausgleich für hochgradig sehbehinderte Menschen. In Berlin erhalten hochgradig sehbehinderte Menschen zwischen 20 und 40 % der Hilfe für blinde Menschen. In Hessen haben sie einen Anspruch auf 30 % des Blindengeldes. In Mecklenburg-Vorpommern sind es 25 %. In Nordrhein-Westfalen gibt es einen monatlichen Festbetrag in Höhe von 77 Euro. In Sachsen liegt der Festbetrag bei 52 Euro, in Sachsen-Anhalt bei 41 Euro. Im Bundesversorgungsgesetz wird die besondere Situation hochgradig sehbehinderter Menschen berücksichtigt. Im Falle einer Schädigung während der Ausbildung für den militärischen Dienst haben sie einen Anspruch auf eine Pflegezulage in Höhe von 282 Euro monatlich. Ausgerechnet unser schönes Bayern soll hintanstehen? - Liebe Kollegen von der CSU-Fraktion, das kann ich einfach nicht glauben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind doch gerade dabei, finanzielle Wohltaten im ganzen Land zu verteilen. Wären hochgradig sehbehinderte Bürger denn nicht auch eine geeignete Zielgruppe? Bayern war beim Blindengeld einmal bundesweit Vorreiter. Im Jahr 1949 – das ist lange her – hat Bayern als erstes Bundesland ein Landesblindengeld verabschiedet. Nun ist es an der Zeit, dass der Freistaat dem Vorbild anderer Bundesländer folgt und endlich die bestehende Versorgungslücke für hochgradig sehbehinderte Menschen schließt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Thema ist nicht neu. Im November 2012 haben wir bereits gemeinsam mit der SPD einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Taubblindengeldes und eines abgestuften Blindengeldes für hochgradig sehbehinderte Menschen vorgelegt. Damals haben CSU und FDP diesen Gesetzentwurf aus rein fiskalischen Gründen abgelehnt. Im Februar 2013 haben CSU und FDP endlich einen eigenen Gesetzentwurf zur Ände-

derung des Bayerischen Blindengeldgesetzes eingebracht und für die derzeit in Bayern lebenden 114 taubblinden Menschen ein erhöhtes Taubblindengeld eingeführt. In den damaligen Landtagsdebatten hat Joachim Unterländer – heute sehe ich ihn nicht – das Taubblindengeld als ersten Schritt im Rahmen eines Mehrstufenmodells dargestellt. Als zweiter Schritt wurde schließlich im Doppelhaushalt 2013/14 das Taubblindengeld eingestellt. Als dritter Schritt sollte damals – Zitat Herr Unterländer – anlässlich des Nachtragshaushalts 2014 der Einstieg in ein Schwerstsehbehindertengeld geschaffen werden. Leider ist die angekündigte Umsetzung der neuen Leistung nicht, wie versprochen, mit dem Nachtragshaushalt 2014 erfolgt. Es ist also höchste Zeit, das Versäumnis im Doppelhaushalt 2015/16 auszugleichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit unserem Gesetzentwurf schaffen wir hierfür die nötigen rechtlichen Voraussetzungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist gar nicht so teuer, wie Sie befürchten. Anlässlich unseres aktuellen Gesetzentwurfs haben wir noch einmal genau nachgerechnet. Insgesamt summieren sich die Kosten für das abgestufte Blindengeld lediglich auf 8,82 Millionen Euro. Diese zusätzlichen Kosten liegen aber deutlich unter den jährlichen Einsparungen durch die rückläufige Zahl der Blindengeldempfänger. Liebe Kolleginnen und Kollegen, war Ihnen eigentlich bewusst, dass in Bayern seit Jahren eine Haushaltskonsolidierung zulasten blinder Menschen erfolgt? In den vergangenen 20 Jahren ist nämlich die Zahl der Blindengeldempfänger in Bayern aufgrund der erheblichen medizinischen Fortschritte bei der Behandlung von Augenkrankheiten um fast 4.000 zurückgegangen. Das ergibt jährlich 20 Millionen Euro Einsparungen. Doch die Kürzung des Blindengeldes um 15 % auf 85 % der im SGB XII vorgesehenen Blindenhilfe ergibt noch einmal eine jährliche Einsparung von rund 12 Millionen Euro. Diese Einsparungen summieren sich auf eine jährliche Summe von ungefähr 32 Millionen Euro bei weiter steigender Tendenz. Einer sozialen Partei stünde es gut an, wenigstens einen Teil des Geldes nicht in die Stammstrecke in München oder in ein Heimatministerium zu investieren, sondern in die besonders benachteiligten Menschen dieses Landes, nämlich die hochgradig sehbehinderten Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Ich bitte jetzt Frau Kollegin Waldmann ans Rednerpult.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Ich denke, ich kann meinen Beitrag zur Aussprache relativ kurz halten; denn wir verfolgen mit diesem Gesetzentwurf ein ähnliches Ziel wie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Diesem Ziel müsste das ganze Haus folgen können. Das müsste jedem einleuchten. Mit unserem Änderungsantrag geht es um eine Ergänzung und die Schließung einer Versorgungslücke.

Eine ganze Menge ist schon passiert. Wir haben insgesamt eine Verbesserung der Leistung beim Blindengeld erreicht. Außerdem haben wir bei den Taubblinden schon Versorgungslücken bereinigt. Jetzt fehlen noch die Leistungen für die hochgradig sehbehinderten Menschen und für die Menschen, die zusätzlich von Taubheit oder an Taubheit grenzende Schwerhörigkeit betroffen sind. Wir reden von einer Sehbehinderung durch ein minimales Sehvermögen von 2 bis 5 % auf dem besseren Auge. Das heißt, es geht um einen wirklich eingeschränkten Personenkreis, der jedoch sehr stark auf Hilfsmittel angewiesen ist, um an der Gesellschaft teilhaben zu können. Sie haben – das leuchtet sicher ein – praktisch die gleichen Probleme wie blinde Menschen. Deswegen müssen ihnen die entsprechenden Hilfen zur Verfügung gestellt werden. Sie erhalten aber derzeit in Bayern keine Sozialleistungen zur Finanzierung von Assistenz- oder Hilfskräften für den Haushalt, zum Einkaufen, beim Besuch von Veranstaltungen oder für sonstige Aktivitäten. Ein Großteil der Sehhilfen, wie vergrößernde Sehhilfen, die denjenigen, die wenigstens ein bisschen sehen können, helfen würden, selbstständig zu lesen und sich zu bewegen, werden in einem erheblichen Umfang nicht von den Krankenkassen finanziert und übernommen. Deswegen besteht ein entsprechender Hilfebedarf. Aus den Erfahrungen mit dem Blindengeld wissen wir auch, dass dieses Geld ein geeignetes Instrument zur Teilhabe ist.

Die Leistungen für Menschen, die zusätzlich von hochgradiger Schwerhörigkeit oder von Taubheit betroffen sind, fallen ebenfalls in die Versorgungslücke. Die Zahl dieser betroffenen Personen ist zwar relativ gering, aber Sie können sich vorstellen, wie dringend hier der Hilfebedarf ist. Sinnesbehinderungen addieren sich nämlich nicht einfach, sondern sie potenzieren sich in ihren Auswirkungen für die betroffenen Personen dramatisch. Menschen, die fast nicht sehen können und nicht oder fast nicht hören können, leben sehr oft isoliert. Auch ihre nahen Angehörigen sind enorm belastet. Sie sind praktisch völlig aus der Welt der Sehenden und der Hörenden ausgegrenzt. Sie brauchen Assistenz, oft praktisch rund um die Uhr.

Diese Leistung ist natürlich nicht zum Nulltarif zu haben.

Wir rechnen damit, dass es auch in Berlin zu Entscheidungen kommen wird, die Verbesserungen vorsehen. Die Versorgungslücke besteht aber jetzt. Es gibt keinen Grund, weiter zu zögern. Ich bitte Sie, mit uns zusammen diese Versorgungslücke zu schließen. Das erklärt sich von alleine.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Als nächste Rednerin bitte ich Frau Kollegin Kaniber ans Rednerpult.

Michaela Kaniber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Bayern leben derzeit über eine Million Menschen mit schweren Behinderungen. Zu ihnen zählt man aktuell knapp 14.500 blinde Menschen und circa 7.000 Menschen, deren Augenlicht schwer beschädigt ist und die mit diesem Leid umgehen müssen.

In den beiden eingereichten Gesetzentwürfen der GRÜNEN und der SPD wird eine Ausweitung der Leistungen für hochgradig sehbehinderte Menschen gefordert. Mir erscheint es sehr wichtig, zunächst einige bedeutsame Fakten zum Thema Blindengeld zu erläutern; denn in beiden Gesetzentwürfen wurde unserer Auffassung nach eine Forderung des Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbundes einfach eins zu eins übernommen, ohne dass dabei, wie es unerlässlich ist, die Gesamtsituation berücksichtigt wurde.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Das ist doch gar nicht wahr!)

Gestatten Sie mir, dass ich kurz auf die Rahmenbedingungen der bayerischen Behindertenpolitik eingehe, wie sie der Haushalt des Sozialministeriums vorgibt. Wie Ihnen bekannt, wurde dieser in den vergangenen Jahren deutlich und sehr stark erhöht. So wurde im Nachtragshaushalt 2010 erstmals die Schallmauer von 2,5 Milliarden Euro durchbrochen, bereits 2012 die Schallmauer von 3 Milliarden Euro. Nun stellen wir im neuen Doppelhaushalt jährlich rund 4,4 Milliarden Euro für die Aufgaben des Sozialministeriums zur Verfügung. Das ist, wie ich finde, eine enorme Summe.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich legen wir bei all den Aufgaben auf diesem Gebiet ein ganz besonderes Augenmerk auf unsere Mitmenschen mit Behinderung. Um ihnen das Leben Schritt für Schritt weiter zu erleichtern, haben

wir uns das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2023 die komplette Barrierefreiheit im öffentlichen Raum zu sichern. Auch hierfür müssen wir die Weichen stellen und die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen.

Nach aktueller Rechtslage in Bayern bilden blinde Menschen die einzige Gruppe von Menschen mit Behinderung, die erstens altersunabhängig das Blindengeld von derzeit 544 Euro monatlich erhalten und denen als einziger Gruppe der Behinderten diese Sozialleistung ohne Berücksichtigung ihres Einkommens und Vermögens gewährt wird. Zur Realität gehört auch, dass das in Bayern ausgezahlte Blindengeld in Höhe von derzeit 544 Euro monatlich – ich weiß, das hören Sie nicht gerne – der höchste Blindengeldbetrag aller Bundesländer ist.

(Beifall bei der CSU)

Gesetzt den Fall, dass diese Ausnahmeregelung auf die rund 7.000 Sehbehinderten in Bayern erweitert werden würde, führte dies zu einer Beanspruchung von 12,4 Millionen Euro zusätzlich in der Kostenrechnung auf der Basis unserer Daten. Sobald wir dieser Forderung nachgeben, könnten auch andere Behindertengruppen Forderungen nach einkommens- und vermögensunabhängigen Landesleistungen erheben. Das wäre völlig nachvollziehbar und berechtigt. Diese Gruppen könnten somit Folgeforderungen auslösen, die letztlich derzeit unerfüllbar sind.

Zum finanziellen Aspekt kommt hinzu, dass derzeit auf Bundesebene über die Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes beraten wird. Dieses ist insofern aus unserer Sicht sehr wichtig, weil das Blindengeld, eine der Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung, eine nach dem Sozialgesetzbuch XII vorgelagerte Leistung des Landes ist. Dabei soll es teilweise zu einer Neuordnung der Eingliederungshilfe kommen. Diese Eingliederungshilfeleistungen wären künftig auch ein Bestandteil des sogenannten Bundesteilhabegesetzes. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir von der CSU sind der Auffassung, dass wir die mit diesem Gesetz verbundenen Änderungen in der Ausgestaltung der behindertenpolitischen Leistungen abwarten sollten, da der Bund beispielsweise auch Änderungen bei der Einkommens- und Vermögensanrechnung vornehmen könnte.

Ohne den demnächst anstehenden weiteren Beratungen im Sozialausschuss vorgreifen zu wollen, kann ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, versichern, dass auch die CSU-Landtagsfraktion dieses Thema auf der politischen Agenda hat. Auch wir wollen dieser Gruppe von Menschen mit Behinderung die bestmögliche Unterstützung und Förderung zukommen lassen. Doch wir sollten alle im Hinterkopf behalten, dass wir

in Bayern in den vergangenen Jahren enorme Steigerungsraten beim Haushalt des Sozialministeriums zu verzeichnen hatten. Obwohl wir derzeit so viel Geld für Soziales ausgeben wie noch nie, ist es leider auch hier trotzdem nicht immer möglich, auch nicht in diesem Doppelhaushalt, alles Wünschenswerte und Dringende zu finanzieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich bin mir sicher, wir werden dieses sehr sensible Thema im Sozialausschuss mit Ihnen gemeinsam und wohlwollend diskutieren. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Frau Kollegin Celina hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Kollegin, zum einem verwehre ich mich gegen den Vorwurf, dass wir nicht alles Erforderliche berücksichtigt hätten. Ich habe in meiner Rede explizit darauf hingewiesen, dass wir uns auf Pläne beziehen, die es schon in der vergangenen Legislaturperiode gab und die von der CSU so gefördert wurden, jetzt aber ohne Grund und ohne Not verschoben werden.

Zum anderen finde ich die Begründung, alle weiteren Behindertengruppen könnten Ansprüche erheben, wenn wir dieser Forderung nachgeben, für ein Mitglied einer Partei, die das Wort "sozial" im Namen trägt, ziemlich hanebüchen. Vor einem Jahr wurde uns gesagt: Wir leben hier im Paradies, und unsere Steuereinnahmen sprudeln am stärksten. – Nun behaupten Sie, nach einer Zustimmung würden alle weiteren Betroffenen Ansprüche stellen. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Michaela Kaniber (CSU): Liebe Frau Celina, ich bin mir sicher, dass die CSU-Fraktion das, was sie versprochen hat, einhalten wird und die benannten begleitenden Maßnahmen unseres Vorgehens auch in Zukunft durchführen wird. Vorhin mussten wir uns den Vorwurf des fiskalischen Verschiebens anhören. So ist es nun einmal: Es liegt nicht am Wollen, sondern am Können.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Ich bitte jetzt die nächste Kollegin, Frau Schmidt, ans Rednerpult.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Blindengeld beziehungsweise diese Beihilfe gab es meiner Meinung nach schon einmal in erhöhter Form. Es geht darum, den Lebensmehraufwand von Menschen mit hochgradiger Sehbehinderung oder Taubblindheit auszugleichen.

Ich weiß nicht, ob Sie einschlägige Fälle aus der Praxis kennen. In unserer Verwandtschaft gibt es einen jungen Mann, der die Brailleschrift lernt und ein Lesegerät hat. Bitte nehmen Sie zum Vergleich einfach Ihre Brille ab und halten Sie sich Ihre Augen halb zu. Dieses Material wurde von der Schule nach Hause und wieder zurückgeschleppt, nur damit der Junge mehr lesen kann. Das ging sehr lange so weiter. Diese Geräte sind heute billiger und besser. Es kann doch nicht angehen, dass Menschen der Zugang zur Bildung und zur Information verwehrt wird.

Ich sehe Sie alle gerade auch beim Lesen. Viele von Ihnen haben dazu eine Hilfe. Wir alle rufen nach Inklusion. Frau Kollegin, Sie haben vorhin von 7.000 Menschen gesprochen. Wir wissen, wie wir 7.000 Menschen helfen können, an Bildung teilzunehmen, lesen zu können und an der Gesellschaft teilzuhaben. Wir haben viele Tausend Menschen, bei denen es schwerfällt, mit so einfachen Möglichkeiten wie Brailleschrift-Notizblöcken oder Lesegeräten zu helfen. Alles, was für Sie selbstverständlich ist, ist für andere ein Lebensmehraufwand.

Die Gesetzentwürfe der SPD und der GRÜNEN bieten Ihnen Lösungsansätze, um diesen Mehraufwand auszugleichen und den Bemühungen, am Leben gleichberechtigt teilzuhaben, mit wenig Aufwand zu entsprechen. Auch Menschen mit einer schweren Sehbehinderung muss diese Teilhabe gewährleistet werden. Ich glaube nicht, dass es hier angebracht ist, auf den Geldbeutel zu schauen. Hier gibt es eine Lösung. Wir kennen die Lösung. Es sind Lesegeräte oder Brailleschrift-Blöcke – ich habe es neulich gesehen. Es gibt mittlerweile elektronische Lupen. Es gibt auch Geräte, um hell und dunkel zu unterscheiden und damit im Leben besser klarzukommen. Die Menschen setzen diese Technik ein, um alleine zurecht kommen zu können. Diese kann auch psychische Stabilität geben, denn immer ausgegrenzt zu sein und keinen Zugang zur Gesellschaft zu haben, ist auch nicht der richtige Weg.

Dafür soll ein finanzieller Ausgleich in Höhe von 30 % übernommen werden. Wenn es andere Länder können, müssten wir es auch hinbringen. Ich möchte Ihnen nur eines mitgeben: Als es vorhin um die Pflege ging, haben wir alle ins gleiche Horn geblasen und

von einem guten und gerechteren Bayern gesprochen. Bitte machen Sie doch das beim Blindengeld oder bei diesem Lebensmehraufwand auch. Nennen Sie es dann doch Lebensmehraufwand.

Ich habe mir noch viel mehr aufgeschrieben. Ich bitte Sie bloß, im Ausschuss auch zu bedenken, dass die CSU schon auf diesem Weg war. Es gab schon Möglichkeiten. Für manche Menschen ist es besonders schwer, dass sie schon einmal eine Unterstützung bekommen haben, die dann aber wieder weggefallen ist. Das ist noch unsäglich gewesen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das hat der Ministerpräsident eingespart!)

- Ja, da hat er gespart. Man spart gerne an den Schwächsten. Wenn ich in die Runde schaue, sehe ich, dass alle am Lesen sind. Wenn Sie den anderen schon nicht ermöglichen zu lesen, sollten Sie vielleicht einmal eine Woche lang ohne Brille verbringen. Vielleicht könnten Sie dann ein bisschen Empathie für Menschen mit Sehbehinderung, Taubblindheit oder anderen Sinnesbehinderungen entwickeln. Ich möchte es gar nicht weiter ausführen. Für eine Gesellschaft wie die unsere müsste es selbstverständlich sein, nur 7.000 Menschen, wie Sie gesagt haben, so einfach zu helfen. Nachdem in Bayern alles besser ist, machen Sie das bitte auch besser. Wir werden uns auch in den Ausschüssen so verhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Ich schlage vor, die beiden Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe Ihr Einverständnis. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage 1)**

Hinsichtlich des jeweiligen Abstimmungsverhaltens mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. –

Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch keine Enthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Eingabe
betreffend "Bayerisches Reinheitsgebot - rein
ohne Gentechnik" (UV.0060.17)**

Ich darf hier gleich ankündigen, dass vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat sich mit der Eingabe in seiner Sitzung am 16. Oktober 2014 befasst und beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD haben gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Ich eröffne hiermit die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Erste Rednerin ist die Kollegin Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Umweltministerin Scharf feiert nächste Woche ein denkwürdiges Jubiläum, nämlich fünf Jahre gentechnikanbaufreies Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir sind der Meinung, dass man die Feste feiern sollte, wie sie fallen. Dieser Anlass ist doch etwas merkwürdig. Wenn die Staatsregierung schon einen Grund zum Feiern findet, sollte sie auch irgendetwas mit diesem Anlass zu tun haben. Das tut es nicht. Obwohl die CSU in Bayern ständig gegen Agro-Gentechnik wettert, haben Ihre Abgeordneten im Bundestag immer gegen unsere Anträge gestimmt. In Brüssel reichte es nur zur Enthaltung. Eine deutliche Ablehnung sieht anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man kann also sagen, dass GVOs, gentechnisch veränderte Organismen, nicht wegen, sondern trotz der Aktivitäten der Staatsregierung in Bayern nicht angebaut werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser von uns allen gewünschte Zustand muss aber nicht so bleiben. Im Gegenteil, es gibt gerade einige Versuche, GVOs in Europa durchzudrücken. Gegen

diese Bedrohung muss sich auch Bayern zur Wehr setzen. Dafür muss die Staatsregierung aber erst einmal zur Kenntnis nehmen, dass Gefahr in Verzug ist. Leider habe ich die Befürchtung, dass das nicht der Fall ist. Im Umweltausschuss habe ich jedenfalls keine Bereitschaft verspürt, über dieses Thema überhaupt nur zu diskutieren. Deshalb sind wir Frau Krieger und ihren 120 Unterstützern von den Brauern und Mälzern sehr dankbar dafür, dass sie dieses Thema aufgegriffen haben.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie schon auf uns und die Verbraucherinnen und Verbraucher in diesem Land nicht hören, sollten Sie in CSU-Kreisen wenigstens die Stimme der Wirtschaft hören. Im Umweltausschuss war das leider nicht der Fall.

Damit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, einmal klar wird, was auf uns zukommt, lassen Sie es mich kurz skizzieren. Das Erste ist die sogenannte Opt-out-Klausel. Mit dieser Klausel soll es künftig den europäischen Mitgliedstaaten ermöglicht werden, eigenständige Anbauverbote für GVOs zu erlassen. Das klingt erst einmal gut. Doch die Sache hat einen Pferdefuß. Um GVOs zu verbieten, sind nur noch wenige Gründe erlaubt. Zum Beispiel sind es sozioökonomische Gründe. Das können ethische oder religiöse Gründe sein. Insgesamt wird aber die Zulassung von GVOs von Brüssel erleichtert. Man sagt dort, dagegen können die Nationalstaaten etwas machen. Außerdem – und das ist das Schlimme – muss sich der Nationalstaat vor einem Verbot mit dem Saatgutkonzern abstimmen. Damit werden Staaten zu Bittstellern bei den Konzernen. Das bringt mich zum zweiten Punkt.

Die amerikanischen Saatgutkonzerne haben ein großes Interesse am europäischen Markt. Bei den TTIP-Verhandlungen sitzen zum Beispiel von Anfang an Vertreter von Monsanto mit am Tisch. Wenn nun dieses Freihandelsabkommen abgeschlossen wird, ohne die Landwirtschaft auszunehmen, werden wir es nicht mehr schaffen, den Anbau von GVOs zu verhindern. Die Konzerne werden sich den Zugang zu unseren Märkten einfach einklagen. Was ist Ihre Antwort darauf? Vom Kollegen Erwin Huber hört man zum Beispiel ein leidenschaftliches Plädoyer für TTIP. Wenn Sie TTIP ermöglichen, öffnen Sie unseren Markt für die amerikanischen Konzerne. Sie tun aber so, als ginge das gegen China. Mit Verlaub, das ist wirklich naiv.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Rosi Steinberger (GRÜNE): Nein, das machen wir später.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Was passiert eigentlich, wenn der Mais 1507, den Sie nicht verhindert haben, endgültig zugelassen wird? Welche Schutzmechanismen haben wir in Bayern, wenn ein Landwirt diesen Mais anbauen möchte? Welchen Schutz haben die Imker, die gentechnikfreien Honig produzieren möchten?

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Da schaut es ganz schlecht aus.

Es stehen noch einige Sorten zur Zulassung an. Wie wird sich die Bundesregierung bei der Abstimmung verhalten? – Mit Verlaub: Ich habe da so meine Zweifel. Bei der Gentechnik ist die bayerische Stimme in Berlin ganz leise, obwohl sie sonst so laut sein kann. Deshalb müssen wir in Bayern mehr tun. Größere Schutzabstände wären ein Mittel der Wahl. Den entsprechenden Antrag haben Sie aber schon abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Petition von Frau Krieger ist nicht überflüssig, wie Sie von der CSU meinen, im Gegenteil: Sie beschreibt ganz genau, welche Sorgen unsere mittelständische Wirtschaft umtreiben. Wir unterstützen diese Petition und empfehlen das Votum "80.3", die Eingabe der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen; denn auch Ihnen sollte langsam klarwerden, dass die Devise "Augen zu und durch" der völlig falsche Weg ist, um dieser Problematik zu begegnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Kollege Steiner hat eine Zwischenbemerkung.

Klaus Steiner (CSU): Frau Kollegin, ich bin es leid, dass Sie, die Fraktion der GRÜNEN, hier immer die Ankläger spielen. Die Büchse der Pandora hat im Jahr 2003 Ihre Landwirtschaftsministerin Frau Künast geöffnet, die erstmals 30 Tonnen gentechnisch veränderten Mais freigegeben hat. Das heißt, Sie haben die Büchse der Pandora geöffnet. Sie brauchen jetzt hier also nicht die Ankläger zu spielen. Ich habe das schon mehrmals gesagt.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! – Zurufe von den GRÜNEN: Ach!)

Rosi Steinberger (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Steiner, mit Blick auf Ihr Abstimmungsverhalten in Brüssel und im Bundestag sollten Sie mit Anklagen wegen etwas, das über 10 Jahre zurückliegt, zurückhaltend sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir reden heute über eine Petition, die sich um das künftige Verhalten der Bayerischen Staatsregierung dreht. Sie sollten vielleicht ein bisschen bescheidener sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich Kollegen Herbert Woerlein zum Rednerpult.

Herbert Woerlein (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Auf dem Weg in mein Bürgerbüro komme ich jeden Tag an einem Schaukasten des örtlichen CSU-Ortsverbandes vorbei.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da würde ich einen anderen Weg wählen!)

Seit einiger Zeit hängt dort ein Plakat. – Ich kann Ihnen gleich ein Kompliment machen: Ich halte das Plakat für ausgesprochen gelungen. Es zeigt eine Gruppe junger Männer und Frauen in sichtlich guter Laune in einem Biergarten. Es ist alles so, wie es sein soll; jeder und jede der Abgebildeten hat einen Bierkrug vor sich stehen. Jene, die das Plakat in Auftrag gegeben haben, halten das für landestypisch. Die Aufschrift auf dem Plakat lautet: "Bayern. Das Land".

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich bin mir sicher, dass der fröhliche Gesichtsausdruck der jungen Leute schnell nachlassen würde, wenn sie befürchten müssten, dass über Auskreuzungen der Braugerste oder des Brauweizens das vor ihnen stehende Bier gentechnisch verunreinigt wäre oder dass das irgendwann einmal der Fall sein könnte. Dank des bayerischen Reinheitsgebots und engagierter Brauer, dank einer wachsamem Öffentlichkeit und nicht zuletzt auch dank einer bayerischen Politik, die bisher geschlossen agierte und immer auf der Hut war, können die Biergartennachmittage, die sich bei diesem schönen Wetter bis in den November ziehen, in Ruhe ausklingen. Alle politischen Parteien, auch die Kolleginnen und Kollegen der CSU, haben sich gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ausgesprochen.

Wie stellen wir aber sicher, dass dies auch in Zukunft so bleibt? – Diese Frage stellen wir uns, und auch die Bierbrauer als Fachleute machen sich darum Sorgen. Insofern ist die Petition der bayerischen Brauer und Mälzer mit dem Betreff "Bayerisches Reinheitsgebot – rein ohne Gentechnik", über die wir heute sprechen, eine Aufforderung, die bei uns allen auf offene Ohren stoßen sollte.

Ich danke den Brauerinnen und Brauern, dass sie sich in der Debatte um Gentechnik zu Wort melden. Die Reinheit des bayerischen Bieres ist eines der Identifikationsmerkmale des Freistaats, auf das unsere Bürgerinnen und Bürger stolz sind und um das uns viele Menschen auf der Welt beneiden. Das Reinheitsgebot wird in zwei Jahren 500 Jahre alt; das Haus der Bayerischen Geschichte plant dazu eine Landesausstellung in Aldersbach. Es wäre ein starkes Signal, wenn der Landtag unmissverständlich klarstellen würde, dass für uns selbstverständlich auch Gentechnikfreiheit Bestandteil dieses Gebotes ist. Dazu haben wir heute die Chance.

Die Sorge der Brauerinnen und Brauer, dass dieses Reinheitsgebot über kurz oder lang in Gefahr sein könnte, ist ernst zu nehmen. Die Petition ist ein Weckruf von der Basis; sie fordert Nulltoleranz beim Saatgut, sie fordert, den Mindestabstand beim Anbau gentechnisch veränderter Organismen auf 300 Meter zu erhöhen; sie fordert, dass der zu deklarierende Vermischungsschwellenanteil auf maximal 0,1 % gesenkt wird. Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, ihren Einfluss geltend zu machen, damit Deutschland in Brüsseler Gremien gegen Anbauzulassungen gentechnisch veränderter Pflanzen stimmt. All diese Forderungen sind wohlbegründet, und wir können uns ihnen anschließen.

Die Behandlung der Petition im Landtag wirft allerdings Fragen auf. Ich bin dankbar dafür, dass wir heute die Gelegenheit haben, die Entscheidung des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz zu revidieren. Dieser Entscheidung lag eine Stellungnahme aus dem Umweltministerium zugrunde, die nicht in allen Punkten zufriedenstellt. Darin wird erklärt, was alles für ein gentechnikfreies Bayern getan wurde. Auf einige Fragen aber, wie nach höheren als den geltenden Mindestabständen, geht das Ministerium gar nicht ein. Generell wird so getan, als befände sich Bayern unter einer großen Käseglocke, die Gefahr einer gentechnischen Verunreinigung wäre für alle Zeiten ausgeschlossen.

Zu der Bitte der Brauer, im Getreidehandel den gegenwärtigen Anteil von 5 % risikobehafteten Fremdetreides zu senken, sagt das Ministerium gar nichts. Die Kennzeichnungspflicht bei Vermischungen sei

laut Umweltministerium schon bisher gegeben. Es wird aber nicht gesagt, was gegen den Wunsch der Brauer spricht, die Vermischungsschwelle von 0,9 % auf 0,1 % zu senken.

Insofern können wir die Petition aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung nicht als erledigt betrachten. Zu meiner großen Überraschung hat sich die CSU im Ausschuss dieser Stellungnahme angeschlossen und erklärt, dass die Petition der Brauer unnötig sei. Weil in Bayern keine Agro-Gentechnik erlaubt sei, so heißt es dort, braucht es auch keine Petition. In der Debatte wurden die Brauer sogar schulmeisterlich beraten, sie sollten ihre Braugerste doch aus heimischen Quellen beziehen, das sei der sicherste Schutz vor gentechnischer Verunreinigung. Ich glaube, unsere Brauer und Mälzer brauchen solche Belehrungen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen draußen spüren, was leider manche hier im Haus nicht wahrhaben wollen: Es gibt auch in Deutschland Kräfte, die mit gentechnisch veränderten Lebensmitteln keine oder wenig Probleme haben. Da heißt es: Gegensteuern! Wer, wenn nicht wir, könnte das tun? Der Bayerische Landtag ist ein Parlament, das der Agro-Gentechnik skeptisch gegenübersteht. Das Parlament hat Größe und Verantwortung gezeigt, als es vor einiger Zeit eine gemeinsame Linie bei der Gentechnik gefunden hat. Wir fallen dahinter zurück, wenn wir vor Problemen, wie sie die Brauer schildern, die Augen verschließen. Ob wir aber auf Dauer mit unserem Kurs Erfolg haben, hängt nicht nur von unseren Reden und Beschlüssen von gestern ab, sondern auch davon, dass wir für die Zukunft Grenzen und Leitplanken setzen. Die Brauer fordern uns dazu auf. Daher ist es nur vernünftig, wenn wir die Petition der Brauer nach § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung der Staatsregierung zur Berücksichtigung überweisen. Dazu bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Jetzt bitte ich den Kollegen Brückner zum Rednerpult.

Michael Brückner (CSU): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wenn ich meine Vorredner höre, dann fällt mir bloß ein: Ist denn schon wieder Wahlkampf?

(Zurufe von der SPD: Oh! – Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte zuerst die Wertschätzung der CSU-Fraktion für die Eingabe der

bayerischen Brauer zum Ausdruck bringen; denn Gentechnikfreiheit ist uns ein wichtiges Anliegen. Meine Damen und Herren von den Brauern, Sie unterstützen die Haltung der CSU-Fraktion, wenn Sie die Gentechnikfreiheit einfordern. Bier ist Bayern, und Bayern ist intakte Natur.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Warum stimmt ihr dann nicht zu? – Zurufe von den GRÜNEN: Dann stimmen Sie zu!)

Das Reinheitsgebot ist die Grundlage für unser bayerisches Bier, wie es sein soll und wie wir es haben wollen. Das wollen wir auch in Zukunft so erhalten.

Den Bierbauern werden weiterhin genügend gentechnikfreie Ausgangsstoffe zur Verfügung stehen. In Bayern wird bereits alles dafür getan, um Bier von Gentechnik freizuhalten. Wir werden uns auch in Zukunft für die Bierbrauer einsetzen, die gentechnikfreies Bier brauen wollen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Und für die anderen?)

Ich sehe die Feier am 13.11. in einem anderen Licht: Fünf Jahre gentechnikfreier Anbau heißt immerhin, dass Bayern fünf Jahre lang wirklich unter der Käseglocke war, auch wenn Sie es kritisieren.

Gehen wir auf die einzelnen Sachfragen der Brauer ein. Die Forderung nach Nulltoleranz bei der Vermischung von Saatgut mit GVO brauchen wir nicht mehr zu erheben; denn wir haben bereits eine Toleranz von 0,0 % bei gentechnisch verändertem Saatgut. Jedes Saatgut wird in Deutschland, also auch in Bayern, regelmäßig überprüft. Wenn im Saatgut nur ein gentechnisch verändertes Körnchen enthalten ist, wird die Partie verworfen. Diese Partie kommt also nicht in Umlauf. Das ist keine Frage.

(Beifall bei der CSU)

Als Nächstes wird gefordert, den gentechnikfreien Anbau nicht durch Auskreuzung zu gefährden. Sie haben es richtig erkannt: Wir arbeiten weiterhin am Selbstbestimmungsrecht Bayerns beim Anbau gentechnisch veränderter Substanzen. Das ist der bayerische Weg, den wir erfolgreich weitergehen. Seit 2009 ist in Bayern kein Anbau von GVO, seit 2010 auch kein Versuchsanbau und somit innerhalb Bayerns auch keine Auskreuzung mehr erfolgt.

Die Forderung der GRÜNEN und der SPD nach einer Vergrößerung der Abstandsflächen nehmen wir heute zur Kenntnis. Damit fordern Sie in Bayern eine Regelung der Koexistenz. Aber wir wollen keine Koexistenz.

tenz, wir wollen Gentechnik-Anbaufreiheit. Das ist nicht unser Weg.

(Beifall bei der CSU)

Wir diskutieren überhaupt nicht über eine Koexistenz. Wenn Sie hier über eine Koexistenz diskutieren wollen, dann diskutieren Sie auch über gentechnisch veränderten Anbau. Aber diesen wird es mit der CSU in Bayern nicht geben. Dazu stehen wir.

(Beifall bei der CSU)

Wir von der CSU bleiben dabei: Wir bewahren die Schöpfung. Wir wollen keinen Anbau gentechnisch veränderter Substanzen. Sie betreiben hier Politik, indem Sie den Menschen Angst machen.

(Zuruf von der SPD: Das ist eine Petition der Brauer!)

– Sie haben die Petition in dieser Art und Weise erläutert. Wenn die Brauer größere Abstandsflächen fordern, sagen wir den Brauern: Wir wollen den gentechnisch veränderten Anbau nicht. Damit sind wir wesentlich weiter. – Wenn Sie so argumentieren, muss man Ihnen das deutlich sagen.

Dann fordert die Petition vollständige Transparenz auf allen Stufen der Wertschöpfungskette. Wir haben heute in aller Regel 0,1 % Toleranz. Diese 0,1 % gelten aber nur bei zugelassenen GVOs. Bei nicht zugelassenen GVOs haben wir sogar 0,0 %. Die 0,9 % sind eine absolute Ausnahme, wenn es technisch unvermeidbar ist. Aber dann ist derjenige, der das Nahrungsmittel in Verkehr bringt, nachweispflichtig. Diese ganz hohe Hürde reißt man also nur sehr selten. Im Übrigen kann jeder Kunde, der 0,0 % will, das Nahrungsmittel kaufen, das er haben möchte. Der Kunde bekommt diese Ware von seinem Lieferanten auf Verlangen geliefert, wenn er sie bezahlt. Wem Gentechnikfreiheit wichtig ist, dem bleibt nach wie vor die Möglichkeit – und dazu stehen wir von der CSU –, Braugerste aus gentechnikfreiem Anbau in Bayern zu kaufen. Wenn man wahrlich für Gentechnikfreiheit ist, dann braucht es diesen Schulterschluss und eine Förderung dieses Anbaus.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man diesen Weg tatsächlich konsequent geht, hat man auch die Chance, sein Produkt als gentechnikfrei auszuzeichnen. Auch dieses Merkmal muss man in der heutigen Debatte nutzen.

Die Forderung, die Staatsregierung solle sich auf Bundesebene einsetzen, ist erfüllt; denn wir haben den Beschluss gefasst. Wir setzen da ein klares Zei-

chen. Wir sind bereits dabei zu verhindern, dass Gentechnik weiterhin zugelassen wird. Damit ist unseres Erachtens die Petition gemäß § 80.4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank für Ihren Wortbeitrag. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen vorliegen, zunächst eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Kollege Brückner, ich hätte zwei Fragen. Erstens: Da Sie schon immer sagen, dass alles das, was der Bayerische Brauerbund e. V. oder Frau Krieger und ihre Anhänger sagen, auch die CSU möchte, frage ich mich schon, warum Sie dieser Petition nicht zustimmen können, sondern sie quasi mit einer Beerdigung erster Klasse als erledigt betrachten.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens: Ich habe keine Antwort gehört auf meine Frage, was Sie tun, wenn nächstes Jahr der Mais 1507 zugelassen wird? Das passiert mit hoher Wahrscheinlichkeit, weil die Kommission immer alles zugelassen hat. Wie möchten Sie in Bayern dagegen vorgehen, dass dieser Mais angebaut wird? Ich habe von Ihnen nur einen Satz gehört, nämlich: Dann sagen wir, das möchten wir nicht. – Ich glaube aber, das wird nicht ausreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Michael Brückner (CSU): Wir diskutieren nicht nach dem Motto: Was wird sein? Aber wenn, dann, vielleicht doch. – Im Moment ist dieses Saatgut nicht zugelassen. Das ist Fakt. Wir haben in Bayern seit 2009 keinen Anbau gentechnisch veränderter Substanzen mehr.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Wir können dem Begehren nicht zustimmen, weil wir diese Sache erfüllen und unser Weg dahin ein anderer ist. Unseren Weg halten wir für richtig.

(Zuruf von den GRÜNEN: Welches ist der Weg?)

– Das habe ich die ganze Zeit erläutert.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Damit ist diese Zwischenfrage beantwortet. Nächster Redner ist Herr Kollege Pfaffmann, bitte sehr.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Erstens. Sie haben den Eindruck erweckt, dass diese Initiative von den

Oppositionsbänken gestellt worden sei. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass diese Eingabe von den Brauern kommt, die wir unterstützen, und dass Sie heute gegen die Brauer, aber nicht gegen die Opposition stimmen?

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Damit möchte ich der Legendenbildung gleich einmal vorbeugen. Nochmals: Sie stimmen gegen den überzeugend vorgetragenen Wunsch der bayerischen Bierbrauer, die in einer Woche 120 Unterschriften der namhaften und wichtigen Brauer gebracht haben. Sie stimmen gegen die Brauer und nicht gegen die Opposition. Das wollte ich klarstellen.

Zweitens: Sie halten doch sonst die Tradition immer sehr hoch. Sie sind immer schnell mit Sonntagsreden und mit Aussagen, wie schön Bayern sei, was auch stimmt. Sie unterstützen in Ihrer Rede hier alle Forderungen. Meinen Sie nicht, dass es ein gutes Zeichen aus dem Bayerischen Landtags wäre, die Tradition der Bierbrauer und des Reinheitsgebotes auch dann zu unterstützen, wenn Ihrer Meinung nach schon alles erledigt ist? Das wäre doch international ein schönes Zeichen für das bayerische Bier. Glauben Sie nicht auch, dass es ein bisschen komisch wirkt, wenn gerade die CSU, die sich sonst immer als Bewahrer bayerischer Traditionen geriert, hier gegen eine wichtige bayerische Tradition stimmt, und zwar aus Gründen, die nur Ihnen bekannt sind? Ihrer Rede habe ich jedenfalls keine Gründe entnehmen können.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Michael Brückner (CSU): Auf den zweiten Punkt kann ich ganz lapidar antworten: Sie haben meiner Rede nicht zugehört. Da kann ich Ihnen nicht helfen. Das habe ich zu akzeptieren.

Auf die erste Frage möchte ich antworten: Wir haben die Wertschätzung für das Engagement der bayerischen Brauer ausgedrückt, sehen es aber schon als eine Aufgabe der Opposition, da ihren eigenen Weg zu gehen. Wir halten diese Petition gemäß § 80.4 der Geschäftsordnung für erledigt.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Zur Erklärung: Herr Kollege, Zwischenbemerkungen zu Reden von Angehörigen der eigenen Fraktion sind nach der Geschäftsordnung nicht zugelassen. Nächste

Wortmeldung: Herr Kollege Kraus von den FREIEN WÄHLERN, bitte schön.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Grüne Gentechnik ist, zumindest seitdem ich und einige meiner Kollegen im Landtag sind, aber wahrscheinlich schon viel länger, ein Dauerthema. Wir haben gehört, dass wir in Kürze ein Jubiläum haben. Wir haben aber viele Jubiläen, etwa in zwei Jahren ein richtig großes, nämlich 500 Jahre bayerisches Reinheitsgebot. Um dieses Reinheitsgebot beneidet uns die ganze Welt; denn wenn sich etwas 500 Jahre am Leben hält, dann ist das ein Qualitätsmerkmal ohne Ende. Darauf können wir wirklich stolz sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Von meinen Kollegen, von den GRÜNEN, von der SPD und von der CSU, wenn von deren Rednern auch in eine etwas andere Richtung, ist zum Thema schon viel gesagt worden. Über 120 bayerische Brauereien und Mälzereien haben innerhalb einer Woche die Petition der Maria Krieger, einer ehemaligen Bierkönigin, mit unterschrieben. Allein schon aus Sympathie für eine ehemalige Bierkönigin muss ich ihr zustimmen; denn wir im Bayerischen Landtag haben nicht jeden Tag so charmante Hoheiten zu Gast. Der Ausschuss war auch einstimmig der Meinung, dass so etwas honoriert werden muss.

Mir ist auf der Liste allerdings das Staatliche Bayerische Hofbräuhaus abgegangen. Die hätten eigentlich auch leicht unterschreiben können.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Die haben nicht dürfen!)

– Ich weiß nicht, ob sie gedurft haben oder nicht. Vielleicht haben die Braumeister eine eigene Meinung. Es wäre jedenfalls schön, wenn man diese Unterschrift nachholen könnte.

Jetzt zu den vier Punkten, die die Petition enthält. Ich verstehe da den Kollegen Brückner nicht ganz. Er ist in seinem Beitrag auf alle vier Punkte eingegangen, und das Umweltministerium hat in seiner Stellungnahme zum großen Teil bestätigt, was die Petentin oder der Bayerische Brauerbund will.

Die 0,0 % Toleranz bei Saatgut haben wir schon, sie steht drin. Über Abstände könnten wir wirklich miteinander streiten, die sind für mich ein Thema. Denn wir sprechen hier über 150 und 300 Meter, und eine Woche später haben wir bei uns in München den Sahara-Sand. Da aber ist der Abstand sicher ein bisschen größer als 300 Meter.

Die Transparenz wird zu Zeiten von CETA und TTIP sehr groß geschrieben. Darüber, dass Transparenz bei der Lebensmittelsicherheit nicht hoch genug zu bewerten ist, sind wir uns alle einig. Die 0,0 % Toleranz sind eine Vorgabe. Allerdings ist die Analytik mittlerweile so weit, dass schon 0,1 und sogar 0,0 % festgestellt werden können. Wenn wir diese technische Möglichkeit schon haben, sollten wir sie auch ausschöpfen.

Auch der vierte Punkt ist eigentlich schon erfüllt, nämlich das Bestreben, das Anbauverbot in Bayern zu befürworten. Es geht nur noch darum, Berlin und Brüssel darauf hinzuweisen oder zu versuchen, auf Berlin und Brüssel einzuwirken. Es ist schon gesagt worden, wie die bayerischen Kollegen dort leider abgestimmt haben. Sie waren nicht zu einer Ablehnung bereit, sondern haben sich enthalten.

Da muss man sich die Stellungnahme des Ministeriums auf der Zunge zergehen lassen: 19 Staaten haben die Anbauzulassung abgelehnt; auf die Haltung Deutschlands kam es dabei im Ergebnis ohnehin nicht an. Wenn man dieser Logik folgen würde, bräuhete die Opposition hier gar nicht anwesend zu sein, weil sie ohnehin keine Chance hat.

(Zuruf von der SPD: Genauso ist es!)

Wenn man keine Chance hat, kann man gleich daheim bleiben, und der Staat könnte sich einen Haufen Geld sparen.

Am 13. Februar ist hier – Gott sei Dank! – der einstimmige Beschluss gefasst worden, dass sich Bayern wiederum dafür einsetzt, dass in Berlin und in Brüssel die weitere Zulassung von Genmais, Gensoja und Genzuckerrüben verhindert wird.

Jetzt möchte ich noch kurz auf die Sitzung des Umwelt- und Verbraucherschutzausschusses eingehen. Da hat mir ein Kollege vorgeworfen, dass wir ein Thema künstlich am Leben erhalten und es zu einem Dauerthema machen. Wir sind uns darüber klar, dass die Petition vom Bayerischen Brauerbund kommt. Nicht die Oppositionsfractionen halten das Thema künstlich am Leben. Es geht um berechnigte Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

In der Verfassung ist verankert, dass jeder bayerische Bürger Petitionen einreichen kann. Jetzt ist so etwas gemacht worden, und da wird einem vorgeworfen, dass man ein Thema künstlich am Leben erhält. Da fehlen mir wirklich die Worte.

Wir stimmen wie im Ausschuss für ein Votum nach § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung: Überweisung zur Berücksichtigung. Für heute ist namentliche Abstimmung beantragt worden, und ich bin gespannt, ob nicht der eine oder andere aus der Regierungspartei doch über seinen Schatten springt. Denn ich glaube, dass ihr daheim massive Probleme bekommen werdet, wenn ihr euren Wählern, die im Internet nachschauen können, erklären müsst, wie ihr euch zur grünen Gentechnik im Landtag verhalten habt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen Moment! Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Hünnerkopf. Bitte schön.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Lieber Herr Kollege Kraus, wir haben die Petition im Umweltausschuss ausführlich behandelt. Kollege Brückner hat noch einmal alle Aspekte durchdekliniert, und ich denke, es ist klar geworden, dass die Bayerische Staatsregierung und die CSU seit Jahren – es wurde ja gesagt: Wir feiern in der nächsten Woche das Fünffährige – alles dafür tun, um eine grüne Gentechnik in Bayern zu verhindern. Ich frage mich, welche Logik dahinter stünde, wenn wir diese Arbeit alle vier Wochen oder alle paar Monate immer wieder mit einem Votum bestätigen müssten. Wir haben den Beschluss gefasst und tun alles dafür. Deswegen ist es nur konsequent, wenn wir den Brauern signalisieren, dass sie die Gewissheit haben und darauf vertrauen können, dass in Hopfen und Malz keinerlei grüne Gentechnik zu finden ist. Noch einmal: Man muss die eigene Position und sein politisches Handeln nicht ständig mit neuen Beschlüssen unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Ich verstehe bei diesem Thema nur eine Logik: Warum stimme ich nicht so ab, wenn ich sowieso dagegen bin? Eine solche Logik kann mir keiner erklären.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Aber vielleicht schafft es doch noch einer der werten Kollegen, mir das zu erklären. Tu Gutes und sprich darüber. Aber die CSU hat anscheinend wenig Interesse, die Bürger bei diesem Thema ernst zu nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Kraus. Jetzt hat Frau Staatsministerin Scharf das Wort. Bitte sehr.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Glücklicherweise, wer dienstlich über Bier reden darf, erst recht über bayerisches. Unser bayerisches Bier gehört fest zu unserer Identität, und seine Qualität hat, wie es Kollege Kraus gerade angesprochen hat, seit 500 Jahren einen ganz bestimmten Grund, nämlich das Reinheitsgebot von 1516.

Dieses Haus hat bereits mehrfach Einigkeit demonstriert: Das bayerische Reinheitsgebot ist unumstößlich; wir achten, wir wahren und wir schützen es. Schon geringste gentechnische Verunreinigungen lehnen wir strikt ab. Herr Kollege Kraus, wir nehmen die Sorgen sehr ernst. Darauf kannst du dich verlassen.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich für die Bayerische Staatsregierung klipp und klar: Wir unterstützen den Einsatz unserer Bierbrauer für Qualität und für Reinheit. Wir begrüßen, dass auf dem EU-Markt keine gentechnisch veränderten Rohstoffe für das Bierbrauen zugelassen sind. Das ist so, und das soll so bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir lehnen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auch in Zukunft ab und freuen uns auf das kleine, aber sehr feine Jubiläum "Fünf Jahre gentechnikanbaufrei in Bayern"; das ist ein gemeinsamer Erfolg für unser Land. Ich freue mich jetzt schon auf diese Feier in den nächsten Tagen.

Wir wissen, der Weg dorthin war nicht ganz einfach. Aber wir haben ihn zusammen mit einer überwältigenden Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger kraftvoll beschritten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Vor allem Sie!)

Wir fordern seit 2008 – das sage ich zu den Kolleginnen und Kollegen Vorrednern – die Selbstbestimmung über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Ein entsprechender Vorschlag der EU-Kommission liegt seit 2010 vor. Wir haben auch 2009 ein Verbot des Gentechnik-Mais MON 810 in Deutschland initiiert. Wir haben als erstes Land im Naturschutzgesetz eine Verträglichkeitsprüfung für gentechnisch veränderte Pflanzen vorgeschrieben und sind in diesem Jahr dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen beigetreten. Das war ein ganz starkes politisches Signal, gerade auch für unsere Bierbrauer im Freistaat. Unser

Anspruch lautet klar und deutlich: Hopfen und Gerste aus Bayern sind gentechnikfrei.

Aus Überzeugung halten wir auch weiter an der Nulltoleranz im Saatgut fest. Auch das ist heute schon mehrfach erwähnt worden. Dieses Haus hat bereits mehrere gemeinsame Beschlüsse zur grünen Gentechnik gefasst, und wir haben 2011 dem Vorschlag für eine sogenannte praktikable Nulltoleranz-Regelung im Bundesrat bewusst nicht zugestimmt. Es bleibt dabei: Wir dulden keine gentechnische Verunreinigung unseres bayerischen Biers.

Ich halte mich in der Debatte sehr bewusst streng an die Fakten. Fakt aber ist: Wir handeln seit Jahren höchst verantwortungsbewusst, wenn es um unsere Lebensgrundlagen geht. Ich nenne als Beispiel den Donauausbau, ich nenne als Beispiel das Fracking, und ich nenne als Beispiel die Gentechnik.

Daher gibt die Staatsregierung die Ihnen vorliegende Erklärung ab, die ich gern wiederhole. Wir sind dankbar für das Engagement der bayerischen Brauer. Wir unterstützen unsere Brauer weiterhin auf allen Ebenen, und wir schützen unser bayerisches Bier auch in Zukunft vor Gentechnik, und zwar – darauf bin ich stolz – im Konsens mit allen Fraktionen dieses Hauses. Den Forderungen der Petition haben wir daher aus Überzeugung entsprochen. Wer beim Petitionsrecht noch Nachhilfe braucht, kann sie gern im Petitionsausschuss bekommen. Die Petition wurde mit dem Votum "erledigt" aufgrund der Erklärung der Staatsregierung verbeschieden.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Staatsministerin. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Nach der Geschäftsordnung ist unserer Abstimmung die Entscheidung des die Eingabe behandelnden Ausschusses zugrunde zu legen. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären.

Es wurde beantragt, die Abstimmung in namentlicher Form durchführen zu lassen. Wer dem Votum des Ausschusses – § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung – zustimmen will, den bitte ich, die blaue Ja-Karte zu benutzen. Für Gegenstimmen ist die rote Nein-Karte zu verwenden; Stimmenthaltungen sind mit der weißen Stimmkarte anzuzeigen.

Die Urnen für die Stimmkarten befinden sich, wie immer, an den üblichen Stellen, also am Eingang des Sitzungssaals und am Stenografentisch. Wir beginnen jetzt mit der Abstimmung. Dafür sind fünf Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 16.21 bis 16.26 Uhr)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Dublin III-Abschiebungen von syrischen Flüchtlingen in Drittstaaten mit unzureichenden Standards bei Asylverfahren (Drs. 17/2217)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag stammt zwar vom 04.06. dieses Jahres, aber er ist dringlicher denn je zuvor. Zudem müssten wir heute diesen Antrag eigentlich auch noch auf andere Kriegsgebiete wie den Irak ausweiten, damit sich solche Vorfälle nicht wiederholen, wie wir sie immer wieder in den Regionen und in den Unterkünften erleben.

Ein Beispiel: Landkreis Günzburg, Großkötz, Gasthof Adler. Die Angst vor der Abschiebung ist für eine fünfköpfige syrische Familie nicht mehr zu ertragen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Einer der Söhne der Familie Jouma stürzt sich aus dem Fenster; die Mutter wollte sich vor ein Auto werfen. Beide sind mittlerweile im Krankenhaus bzw. in ärztlicher Behandlung. Wie es anschließend für die Familie weitergeht, ob von der geplanten Abschiebung nach Bulgarien abgesehen wird, ist nach wie vor unklar. Weitere Verzweiflungstaten syrischer und irakischer Kriegsflüchtlinge, die, nachdem sie alles, was sie bisher hatten, verloren haben, in einer langen Fluchtodyssee nur sich selbst und ihr Leben retten konnten, sind nicht auszuschließen.

Der UNHCR fordert einen Stopp der Rückführungen nach Bulgarien. Es bestehe große Gefahr, dass Asylsuchende aufgrund der systematischen Mängel im Aufnahme- und Asylverfahren in Bulgarien Opfer unmenschlicher und erniedrigender Behandlung werden, warnt der UN-Flüchtlingskommissar. Auch fehlt jede Unterstützung bei Nahrungsmittel- oder Gesundheitsversorgung. Zudem laufen Flüchtlinge Gefahr, willkürlich inhaftiert zu werden. Außerdem bestehen schwerwiegende Probleme beim Zugang zu einem fairen

Asylverfahren. Es gibt sogar mittlerweile eine Reihe von Berichten über Push-Backs an der Landesgrenze.

Der UNHCR ist zu dem Ergebnis gelangt, dass in Bulgarien trotz einiger Fortschritte in der Vergangenheit große Lücken bei der Umsetzung der internationalen Schutzstandards bestehen und dass die Probleme so groß sind, dass er die anderen Staaten bittet, vor weiteren Überstellungen von Asylsuchenden nach Bulgarien in der jetzigen Situation abzusehen, um erst die notwendigen Verbesserungen in Bulgarien zu ermöglichen.

Schwierig und prekär ist auch die Situation von Flüchtlingen in Ungarn. Die Fidesz-Orbán-Regierung hat Gesetze erlassen, die die Inhaftierung von Asylsuchenden zulassen, und die Gründe, die eine Inhaftierung von Schutzsuchenden hierbei ermöglichen, sind derart weit gefasst, dass sie nahezu für jedweden Asylsuchenden Anwendung finden können. Auch Rückkehrende können betroffen sein, auch Minderjährige.

Die Situation in Italien ist zwar anders, aber dennoch außerordentlich schwierig. Im Zuge des Programms "Mare Nostrum" hat Italien auch außerhalb seiner eigenen Hoheitsgewässer über 140.000 Flüchtlingen das Leben gerettet und nicht unerhebliche eigene Mittel dafür eingesetzt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das stimmt!)

Trotzdem ist es sehr schwer möglich, die Vielzahl der Flüchtlinge, die aufgrund der Mittelmeersituation gerade in Italien ankommen, dort zu integrieren.

Es ist wichtig und richtig, diese Überstellungen, insbesondere nach Bulgarien, aber auch nach Ungarn und Italien aus humanitären Gründen für einen Zeitraum von sechs Monaten auszusetzen und sich bei der nächsten Innenministerkonferenz dafür einzusetzen, Abschiebungen von syrischen Flüchtlingen auszusetzen und die Aufnahme in neu zu schaffenden Kontingenten zu forcieren. Es ist nach wie vor ein Armutszeugnis, dass die Bundesrepublik sich nur für ein Kontingent von 20.000 syrischen Flüchtlingen eingesetzt hat. Wir können mehr tun, und wir sollten es auch tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr. – Für die CSU-Fraktion hat sich Kollege Straub gemeldet. Bitte schön.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Weit mehr als 100.000 Menschen haben in Syrien ihr Leben verlo-

ren, über sechs Millionen Menschen haben ihre Heimat verlassen müssen. Die Anrainerstaaten stehen vor großen Problemen. Seit Ausbruch des Krieges vor dreieinhalb Jahren in Syrien strömen Millionen von Flüchtlingen in diese Länder. Deutschland wird seine Hilfe für syrische Kriegsflüchtlinge und die Aufnahmestaaten um weit mehr als eine halbe Milliarde Euro aufstocken; in diesem Jahr noch 170 Millionen Euro, bis 2017 sollen weitere 500 Millionen Euro folgen.

Die anhaltenden Kriege dürften dazu führen, dass sich die Lage in den nächsten Wochen und Monaten noch deutlich verschärfen wird. Wir müssen uns daher in Europa für die nächsten Jahre auf sehr hohe Flüchtlingszahlen einrichten.

Die Welt ist aus den Fugen geraten. Es geht darum, Menschenleben zu retten. Das betrifft nicht nur Bayern, nicht nur Deutschland, sondern Europa und die ganze Welt. Es ist ein ureigenes christliches Anliegen: Da, wo Menschen Völkermord ausgesetzt sind, müssen wir dafür eintreten, dass sie geschützt werden.

Ihren Antrag müssen wir ablehnen. Lassen Sie mich das kurz ausführen, Frau Kamm. Der Antrag betrifft formell nicht den Bayerischen Landtag, sondern das Bundesamt für Migration. Die Zustände in den Ländern, wie Sie sie beschrieben haben, müssen vom Bundesministerium des Innern überprüft werden. Bei Überstellungen nach Ungarn, Italien oder Bulgarien handelt es sich nicht um Überstellungen in das Krisengebiet zurück, sondern in Mitgliedstaaten der EU. Neuerdings werden von Ihnen sogar Überstellungen nach Belgien und den Niederlanden infrage gestellt.

(Christine Kamm (GRÜNE): Nein, das ist nicht wahr! Behaupten Sie nichts Falsches!)

- Hören Sie mir bitte zu. Wir zwei sind doch normal immer so friedlich, Frau Kamm. Lassen Sie mich erst ausführen, dann können wir darüber reden.

(Beifall bei der CSU – Christine Kamm (GRÜNE): Keine falschen Behauptungen!)

Die Mitgliedstaaten der EU sind ebenso wie Deutschland nach europäischem und internationalem Recht zum Schutz von Flüchtlingen verpflichtet. Eine Aufnahme der syrischen Asylbewerber in das Kontingent, wie Sie es gefordert haben, widerspricht dem eigentlichen Sinn des Aufnahmegebietes. Die Leute, die Sie ansprechen, sind ja bereits in der EU. Das Aufnahmekontingent ist für die Syrer da, die sich noch im Kriegsgebiet befinden.

Bayern und Deutschland haben sich durch die anhaltend gute wirtschaftliche Entwicklung - das können wir nicht bestreiten - zu Hauptzielen von Asylbewerbern

und Flüchtlingen entwickelt. Deutschland nimmt mit Abstand in Europa – das möchte ich hier betonen, weil es immer so hingestellt wird, als würden wir zu wenig tun – die meisten Asylbewerber auf. Die Staaten, die bislang wenig tun - da stimme ich mit Ihnen überein - müssen wir zu mehr Engagement auffordern. Wir müssen dafür kämpfen, dass die Situation besser wird, wenn es so ist, wie Sie es beschreiben, was, glaube ich, auch nicht lückenlos belegt ist. Da könnte ich auf der anderen Seite Belege fordern. Es ist aber, wie gesagt, nicht unsere Aufgabe, sondern die des Bundesministeriums des Innern.

Es beteiligen sich momentan nur zehn EU-Staaten an der Aufnahme von Flüchtlingen. Es ist nicht in Ordnung, dass zum Beispiel Schweden und Deutschland 50 % der in Europa ankommenden Asylbewerber aufnehmen. Angesichts der Dimension der Flüchtlingsbewegung müssen künftig alle ihren Verpflichtungen nachkommen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Hans-Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

- Danke, das ist nett.

Die EU muss dafür sorgen, dass das Dublin-III-Verfahren eingehalten wird. Genau da sind wir völlig unterschiedlicher Meinung. Ich glaube, es wäre ein völlig falsches Zeichen an die angesprochenen Länder, wenn Deutschland nicht mehr auf Dublin III bestünde; das würde die Probleme vor Ort noch wesentlich verschärfen.

Ein Aspekt ist noch ganz wichtig. Die Welle der Hilfsbereitschaft in Bayern oder insgesamt in Deutschland ist enorm. Alle ziehen an einem Strang. Das ist ermutigend. Diese Stimmung darf aber nicht umkippen. Unsere Bürger stehen vor einem emotionalen Spagat zwischen Mitleid mit den Flüchtlingen und dem Gefühl der Überforderung angesichts der Vielzahl der Asylsuchenden. Sprechen Sie mit den vielen ehrenamtlichen Betreuern vor Ort.

Zum Schluss darf ich Ihnen sagen: Bayern steht uneingeschränkt zum humanitären Flüchtlingsschutz. Aber ich teile Ihre Meinung nicht – ich glaube, das ist der wesentliche Unterschied –, dass Deutschland und Bayern die Probleme alleine lösen können. Das, was Deutschland durch humanitäre Hilfe vor Ort und durch Aufnahme von syrischen Flüchtlingen leistet, ist beispielhaft. Allerdings müssen wir uns bewusst sein, dass wir nicht alle in Not geratenen Menschen versorgen können. Es handelt sich um mehrere Millionen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das hat keiner behauptet und keiner gewünscht!)

Wir müssen EU-weit und parteiübergreifend zusammenhalten und auf die Einhaltung der europäischen Verträge achten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Wir haben eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, ich denke, Sie haben den Antrag gelesen. Da steht nicht drin, dass wir alle Flüchtlinge der Welt aufnehmen sollen, sondern da steht drin, dass wir für einen Zeitraum von sechs Monaten Rücküberstellungen in besonders problematische europäische Länder aussetzen sollen, die das Asylverfahren, so wie wir es fordern, so wie wir es wollen, derzeit nicht durchführen können. Es steht auch nicht drin, dass Bayern selbst handeln soll, sondern es steht drin, dass Bayern sich bei der nächsten Innenministerkonferenz und im Bundesrat dafür einsetzen soll, diese Abschiebungen auszusetzen. Diesem Antrag können Sie sicher zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Karl Straub (CSU): Frau Kamm, ich habe es gerade gesagt. Ich empfinde es als falsches Zeichen, wenn man es diesen Staaten dadurch einfach macht, indem man Dublin III aussetzt. Wir müssen uns massiv dafür einsetzen, dass diese Länder ihre Verpflichtungen erfüllen, dass sie Dublin III erfüllen, dass sie menschenwürdige Unterkünfte bereitstellen. Wir haben es in der Rede des Herrn Ministerpräsidenten gehört, es wird auch massiv so gemacht. Ich glaube, da ist in Europa einiges unterwegs.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Für die SPD-Fraktion hat sich die Frau Kollegin Weikert gemeldet. Bitte schön.

Angelika Weikert (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die CSU erstaunt uns immer wieder, wie sie mit diesem Thema, das wir oft genug im Parlament diskutieren, tatsächlich umgeht.

Kollege Straub, Sie sind sich nicht zu schade, am Anfang ein paar lockere humanitäre Sätze loszulassen, Ihren Redebeitrag dann damit zu beenden, dass natürlich die CSU für eine humanitäre Flüchtlingspolitik steht, aber dann gleichzeitig wieder zu sagen: Natürlich können wir diesem Ansinnen der GRÜNEN, dem wir eigentlich durchaus nahetreten können, nicht beitreten. Welche Argumente haben Sie eigentlich? Sie haben ein Argument genannt: Es gehe Bayern nichts

an. Das stimmt nicht, weil in Ziffer 3 dieses Antrags - Frau Kollegin Kamm hat gerade noch einmal darauf hingewiesen - ausdrücklich die Verantwortung des Freistaats Bayern im Bundesrat und bei der nächsten Innenministerkonferenz eingefordert wird. Das ist ein konkretes Anliegen, das auf Bayern zutrifft. Da können Sie nicht auf das BAMF oder sonst etwas verweisen.

Beschreiben wir zum anderen doch einmal ein bisschen, was humanitäre Flüchtlingspolitik bedeutet. Humanitäre Flüchtlingspolitik bedeutet, einer Familie, die aus Syrien flüchtet, zu helfen. Sie hat einen sehr langen Fluchtweg, zum Teil über das Meer, hinter sich, zum Teil auf Booten, die gar nicht an den europäischen Inseln ankommen. Sie werden dann - auch das halten wir nicht für gut, das sage ich ausdrücklich - vielleicht von Italien aus aufgefordert, gleich nach Deutschland weiterzureisen. Ich sage ausdrücklich, dass ich das nicht gut finde. Aber ist es eine humanitäre Flüchtlingspolitik, wenn wir diesen Familien nach einem zum Teil monatelangen Fluchtweg

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Unter Lebensgefahr!)

gleich nach ihrer Ankunft eine Zugfahrkarte geben und sie zurück nach Italien schicken? Ist das eine humanitäre Flüchtlingspolitik?

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass die Verhältnisse in Europa so nicht in Ordnung sind. Wir treten für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ein. Das macht ein Teil der Bundesregierung - wir sind daran ja auch beteiligt -, das macht unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier, und das machen viele in diesem Land, die für eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik stehen. Das ist überhaupt nicht das Thema. Aber, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, fragen Sie sich doch einmal, da Sie immer so betonen, Deutschland und Schweden nähmen die meisten Flüchtlinge auf, wo Deutschland und Bayern im europäischen Vergleich stehen. Wer hat denn die höchsten wirtschaftlichen Kapazitäten?

(Zuruf von der CSU)

Wer hat denn die wenigsten Schulden? Wer hat denn die besten Möglichkeiten, auch humanitär in diesem Bereich zu wirken? Dann kommen Sie nämlich ganz schnell auf Bayern. Wenn ich mir die wunderbaren Rankinglisten anschau, die von Ihrer Regierungsbank aus überall zitiert werden, dann sehe ich, dass

(Thomas Kreuzer (CSU): Das sagen Sie sonst nicht! Bloß bei diesem Thema!)

Bayern und Deutschland eine herausragende Verpflichtung haben. Ich betone noch einmal, dass das nicht heißt, dass wir nicht letztlich für eine gesamturopäische Flüchtlingspolitik einstehen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Da ist Bayern plötzlich gut!)

Dieser Verpflichtung kommen Sie nicht nach. Ich sage es noch einmal: Der Antrag der GRÜNEN ist aktuell, Frau Kamm. Er ist sehr aktuell. Ich halte es für nicht zumutbar, dass man Menschen nach diesem langen Fluchtweg nach Bulgarien, Italien oder Ungarn zurückschickt. Dies sind Herkunftsländer, die hier genannt werden. In dem Antrag wird lediglich eine sechsmonatige Aussetzung gefordert, nicht die Aufhebung von Dublin III, und letztlich eine entsprechende Argumentation bei der Innenministerkonferenz. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat vor wenigen Tagen zu einer Flüchtlingskonferenz hier in Deutschland eingeladen und tatsächlich – Kollege Straub, Sie haben es erwähnt – auch die Anrainerstaaten dazu gebeten und für die Anrainerstaaten zusätzliche Hilfe durch die Bundesrepublik Deutschland zugesagt. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Das ist sehr wichtig und sehr notwendig.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier betont aber wie alle, die in diesem Land Verantwortung tragen, dass wir auch hier in unserem Land unserer Verpflichtung nachkommen müssen und den Syrern, die hier ankommen, ein Stück Geborgenheit vermitteln müssen, ein Stück Willkommenskultur. Wir müssen ihnen deutlich machen, sie seien nach dem langen Fluchtweg angekommen, indem wir uns um die Kinder kümmern, damit sie Schule und Ausbildung bekommen, und indem wir den Menschen Sprachkurse geben und die Möglichkeit eröffnen, die Berufsabschlüsse aus ihrem Heimatland – sie sind zum Teil hoch qualifiziert – hier in Deutschland nachträglich zu erwerben.

Herr Kollege Straub, Sie haben selber gesagt, dass wir uns für lange Zeit darauf einrichten müssen, hohe Flüchtlingszahlen in Bayern und in Deutschland zu haben. Dazu gehören auch Integrationsmaßnahmen, und dazu gehört, die Leute nach einem langen Fluchtweg nicht mehr gleich wieder zurückzuschicken, sondern hier gebührend aufzunehmen und ihnen hier ein Stück Geborgenheit zu vermitteln.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Weikert. – Ich gebe bekannt, dass die CSU-Fraktion für diesen Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Christine Kamm (GRÜNE): Weil so wenige da sind!)

Wir fahren mit der Rednerliste fort. Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Fahn. - Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Straub, Sie haben völlig recht. Derzeit haben in Syrien sechs Millionen Menschen ihre Heimat verloren, über 100.000 sind ums Leben gekommen. In Deutschland haben allein in diesem Jahr 23.525 Syrer Asyl beantragt. Ich glaube, wir alle in diesem Parlament sind uns einig, dass das Leid dieser Menschen unglaublich groß ist. Deshalb war und ist es nach wie vor gut, dass sich der Bayerische Landtag im Jahr 2011 einstimmig gegen die Abschiebung aller syrischen Flüchtlinge ausgesprochen hat. Für uns war das eine richtige und wichtige Entscheidung.

Die Frage, die wir hier diskutieren, ist nur: War oder ist das ausreichend? – Wir meinen, es ist noch nicht ausreichend. Wir dürfen uns angesichts dieses unvorstellbaren menschlichen Leids nicht vor unserer Verantwortung drücken.

Wir wissen natürlich, dass seit dem Frühjahr 2011 in Deutschland zwar keine Abschiebungen mehr stattfinden. Syrische Flüchtlinge werden aber weiterhin nach der Dublin-III-Regelung in andere Schengenstaaten abgeschoben, also in die Länder, in die sie eingereist sind. Dagegen ist grundsätzlich natürlich nichts einzuwenden. Das ist ganz klar die aktuelle Rechtslage. Die Frage ist, ob wir nur nach dieser aktuellen Rechtslage vorgehen oder ob wir noch andere Möglichkeiten haben. Frau Kollegin Kamm und Frau Kollegin Weikert haben es angesprochen. Es gibt Probleme, wenn diese Flüchtlinge trotzdem innerhalb jener Staaten abgeschoben werden. Es gibt Bestrebungen von PRO ASYL, Ungarn wegen eklatanter Menschenrechtsverletzungen und systematischer Mängel im Asylverfahren zu belangen. Sogar das Bundesverfassungsgericht hat sich hier kürzlich sehr kritisch ausgesprochen.

Letztes Jahr waren wir mit einer Gruppe des Sozialausschusses in Rom. Da haben wir gesehen, dass die Flüchtlinge dort sehr menschenunwürdig untergebracht sind. Die Situation in Deutschland ist wesentlich besser als zum Beispiel konkret in Rom oder, wie berichtet wird, in Bulgarien. Dort fehlt der Zugang zu Basisleistungen wie Nahrungsmittel und Gesundheitsversorgung. Das ist die aktuelle Situation, mit der man sich beschäftigen muss. Es gibt auch lange Verzögerungen bei der Registrierung und die Gefahr einer willkürlichen Verhaftung. All das sind Kritikpunkte.

Herr Straub, in einem Punkt muss ich Ihnen natürlich recht geben. Wir in Deutschland können nicht alle Probleme in Europa lösen. Wir müssen mittel- und langfristig europäische Lösungen finden. Es kann nicht sein, dass zehn EU-Staaten – deswegen habe ich bei Ihnen auch geklatscht – 90 % aller Flüchtlinge aufnehmen. Wir brauchen hier eine europäische Lösung. Dabei ist auch die Bundesregierung insgesamt gefragt. Da sind auch Sie von der CSU an der Reihe, das Ganze schnell in Bewegung zu bringen. Trotzdem meine ich: Wir tragen für diese Menschen eine Verantwortung. Es ist deshalb schon ein bisschen widersprüchlich, die Flüchtlinge zum Teil nach Dublin III in andere Länder abzuschieben. Wir sagen natürlich, wir nehmen sie auf.

Herr Kollege Straub, Sie haben im Rechtsausschuss ausgeführt, es bestehe keine Möglichkeit, diese Abschiebungen zu verhindern. Aber Sie haben es jetzt schon wieder ein bisschen differenziert dargestellt. Wir meinen, es gibt sehr wohl eine Handhabe für Bayern. Das ist der § 60 a des Aufenthaltsgesetzes. Dabei kann die oberste Landesbehörde aus humanitären Gründen - das ist der Punkt, der für uns wichtig war - anordnen, die Abschiebung von Ausländern aus bestimmten Staaten für längstens sechs Monate auszusetzen. Nur darum geht es eigentlich: um längstens sechs Monate. Deswegen gilt bei allen Abwägungen pro und contra - ich habe es ja gesagt, wir sind vor allem für eine europäische Lösung, Deutschland kann nicht mittel- und langfristig alle Probleme lösen -, in diesem Fall für die syrischen Flüchtlinge aus humanitären Gründen eine Ausnahme zu machen.

Wir haben uns ein bisschen darüber gewundert, dass ein entsprechender Berichtsantrag der GRÜNEN von der CSU abgelehnt wurde. Das wäre wichtig: Berichten Sie einmal darüber! Wir stimmen diesem Antrag aus humanitären Gründen zu.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr. Für die Staatsregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Eck das Wort.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal ganz sachlich einige Punkte ansprechen, die teilweise in der Diskussion schon angesprochen wurden. Liebe Frau Kamm, die von Ihnen vorgetragene Schicksale sind schlimm und teilweise fürchterlich. Ich möchte das unterstreichen. Nichtsdestotrotz müssen wir uns an Recht und Gesetz halten. Das gilt auch für die dramatischen Fälle, die Sie vorgetragen haben. Mein Kollege Straub hat es höflich und freundlich formuliert: Wir in der Bundesrepublik Deutschland können nicht alle Probleme der Welt

lösen. Wir können das nicht, und wir dürfen das nicht. Hier sind uns rechtlich die Hände gebunden.

Liebe Frau Kollegin Weikert, Sie haben viele Punkte vorgetragen, die ich unterstreichen kann. Die GRÜNEN haben den Antrag gestellt, bei der Innenministerkonferenz darauf hinzuwirken, dass dieses Thema noch einmal diskutiert wird. Ich stelle fest: Über dieses Thema wurde bereits diskutiert, und über dieses Thema wird zukünftig sicherlich noch diskutiert werden. In der Innenministerkonferenz herrscht das Einstimmigkeitsprinzip. Dort wird um die beste Lösung gerungen. Ich möchte jetzt nicht parteipolitisch werden, muss aber doch sagen, dass es in der Innenministerkonferenz mehr SPD- als CDU-Innenminister gibt. Ich bitte Sie, in Ihrem eigenen Haus dafür zu sorgen, dass dieses Thema mit der nötigen Kraft und Wucht vorgetragen wird.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Dublin-Verordnung handelt es sich um unmittelbar geltendes EU-Recht, das deutsche Behörden zu vollziehen haben. Für die Anordnung von Rücküberstellungen nach der Dublin-Verordnung ist allein das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig. Ich muss das hier wiederholen. Die Entscheidung, das Selbsteintrittsrecht auszuüben, also Asylverfahren in Deutschland durchzuführen, obwohl eigentlich ein anderer Mitgliedstaat zuständig wäre, liegt ebenfalls allein beim Bundesamt. An dessen Entscheidungen sind die bayerischen Ausländerbehörden gebunden. Sie sind lediglich für die Vollstreckung der Rücküberstellung zuständig. Sie haben aber keinerlei eigenen Ermessensspielraum. Herr Kollege Dr. Fahn, Sie haben den § 60 a genannt. Dieser Paragraph wird von uns außerhalb von Dublin-Verfahren angewandt.

Ausgehend von diesen rechtlichen Rahmenbedingungen ist die geforderte Anweisung der bayerischen Ausländerbehörden, eingeleitete Dublin-Überstellungen syrischer Flüchtlinge zu stoppen, rechtlich nicht umsetzbar. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen das nicht.

(Christine Kamm (GRÜNE): Doch!)

Ebenso wenig ist die Anordnung eines Überstellungsstopps auf Landesebene möglich. Die Staatsregierung hat dafür keine Zuständigkeit.

Überdies möchte ich betonen, dass es sich bei Überstellungen nach Ungarn, Italien oder Bulgarien nicht um Überstellungen in das Krisengebiet handelt. Lieber Herr Kollege Dr. Fahn, diese Länder sind Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Sie sind ebenso wie

Deutschland nach europäischem und internationalem Recht zum Schutz von Flüchtlingen und Schutzbedürftigen verpflichtet. Diese Staaten sind Mitglied der Union. Das können Sie nicht wegdiskutieren.

Die europäische Rechtsprechung hat systemische Mängel des Asylverfahrens bislang nur in Bezug auf Griechenland festgestellt. In Bezug auf Italien hat der EGMR, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, ein systemisches Versagen im letzten Jahr ausdrücklich verneint. Das wurde überprüft. In Bezug auf Bulgarien hat sogar der UNHCR in seinem Bericht vom April 2014 festgestellt, dass ein Überstellungsstopp nicht gerechtfertigt ist.

Damit wir einmal die Zahlen parat haben: Deutschland nimmt in der EU zusammen mit der Schweiz und Norwegen, für die ebenfalls die Dublin-Verordnung gilt, mit Abstand die meisten Asylbewerber auf. Wir werden im Jahr 2014 200.000 Erstanträge haben. Hinzu kommen die Aufnahmeprogramme für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge. Wir sprechen hier bundesweit von circa 20.000 Personen. Das wurde überhaupt noch nicht angesprochen. Dagegen wurden nach den letzten verfügbaren Zahlen des Europäischen Statistikkamtes im Jahr 2014 in Ungarn nur 9.300 Asylanträge gestellt, in Italien 25.000 und in Bulgarien 4.450.

(Christine Kamm (GRÜNE): Ja warum denn?)

Bei diesen Zahlen wurden die Erst- und Folgeanträge zusammengezählt.

Angesichts dieser Zahlen gibt es für mich daher keinen Grund, diese Staaten noch weiter zu entlasten und auf eine Dublin-Überstellung dorthin zu verzichten; ganz im Gegenteil. Aus diesen genannten Gründen bitte ich darum, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Zunächst ist die SPD mit einer Zwischenbemerkung dran. Ursprünglich wurde mir Herr Kollege Pfaffmann gemeldet, aber zuerst ist Frau Kollegin Weikert an der Reihe. Bitte schön, Frau Kollegin.

Angelika Weikert (SPD): Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, Sie hätten keinen rechtlichen Spielraum. Wie kann es dann sein, dass Griechenland, das ein Land der Europäischen Union ist, vom Rückkehrverfahren ausgenommen wurde? Die Innenministerkonferenz hat festgelegt, dass keine Flüchtlinge nach der Dublin-II-Verordnung oder der Dublin-III-Verordnung nach Griechenland zurückgeführt werden, zumindest für einen bestimmten Zeitraum nicht. Wie

kann das sein, wenn wir angeblich keinen Spielraum haben?

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Kollegin Weikert, besprechen Sie das doch auf parteipolitischer Ebene. Machen Sie diese Frage bei der nächsten Innenministerkonferenz zum Thema. Wir diskutieren dort mit. Sie werden dann das Ergebnis erfahren.

Angelika Weikert (SPD): Das bedeutet doch, dass wir einen rechtlichen Spielraum haben! Das ist doch die Konsequenz daraus!

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Diese Frage muss bundesweit geregelt werden. Bayern allein hat keinen Spielraum.

(Angelika Weikert (SPD): Das ist doch albern! Er sagt, er hat keinen rechtlichen Spielraum!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Weikert, die Spielregeln bei einer Zwischenbemerkung sind andere. Damit ist diese Zwischenbemerkung abgehandelt. Wir kommen zur Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Staatssekretär, würden Sie mir zustimmen, dass es nicht um die Frage geht, wie welche Staaten entlastet werden können, sondern um die Frage, wie man Menschen retten kann?

Eine zweite Frage. Kennen Sie den § 60 a des Aufenthaltsgesetzes, "Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung"? Dort steht:

Die oberste Landesbehörde kann aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland anordnen, dass die Abschiebung von Ausländern aus bestimmten Staaten oder von in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen allgemein oder in bestimmte Staaten für längstens sechs Monate ausgesetzt wird.

Wir beantragen nichts anderes, als dass Sie nach diesem § 60 a handeln.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das gilt nicht für Dublin III!)

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie nach einem Gesetz handeln. Wir erwarten nicht, was Sie widerwärtigerweise unterstellt haben, etwas Ungesetzliches zu tun. Wir fordern Sie lediglich auf, nach Recht und Gesetz zu handeln und die bestehenden Möglichkeiten zu nutzen.

Ein dritter Punkt. Ich bitte Sie, mit Ihren blassen statistischen Tricks aufzuhören und nicht länger zu behaupten, Deutschland nehme die meisten Flüchtlinge auf. Es macht keinen Sinn, große und kleine Länder gleichzusetzen. Pro Kopf gesehen gibt es Länder, die weit mehr Flüchtlinge aufnehmen als Deutschland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Ich komme zur Antwort. Die erste Frage kann ich klar mit Ja beantworten. Zur zweiten Frage: Diese Regelung gilt nicht für Dublin-Verfahren.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Kamm, auch Ihnen muss ich sagen, dass für die Zwischenbemerkung andere Regeln gelten.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist ein lebendiges Parlament! Da sollte man nicht so kleinlich sein!)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Mit Blick auf die Uhr kann ich nun sagen: Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der GRÜNEN auf Drucksache 17/2217. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt auf Drucksache 17/3581 die Ablehnung des Antrages. Wer entgegen dem Ausschussvotum zustimmen möchte, der nimmt bitte die blaue Stimmkarte. Wer den Antrag ablehnen will, nimmt die rote Stimmkarte. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17.00 bis 17.05 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, das Ergebnis außerhalb des Saales zu ermitteln und Platz zu nehmen.

(Unruhe)

Ich bitte, Platz zu nehmen. Wir machen weiter.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Messwerte der Strahlenbelastung von Wildbret veröffentlichen (Drs. 17/2411)**

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Ganserer. Bitte sehr.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als sich 1986 die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ereignete, war ich gerade einmal neun Jahre alt. Der Bayerische Wald, in dem ich aufgewachsen bin, ist eine der Regionen, die am meisten vom radioaktiven Fallout betroffen war. Als Kinder haben wir damals nicht verstanden, warum wir plötzlich nicht mehr im Freien spielen dürfen und warum wir in dem Jahr keine Beeren und Pilze sammeln sollten. Das Ganze ist jetzt mehr als ein Vierteljahrhundert her. Heute, 28 Jahre danach, sind die Cäsiumbelastungen von Schwarzwild nicht nur im Bayerischen Wald, sondern auch in vielen anderen Regionen, die zu dem Zeitpunkt, als die radioaktive Wolke über Süddeutschland hinweggezogen ist, Niederschläge abbekommen haben, heute noch extrem hoch. Allein im Zeitraum zwischen 2008 und 2012 lagen im Landkreis Amberg-Weizsach 57 % der von den Jägern gemessenen Proben über dem Grenzwert von 600 Becquerel. Im Landkreis Regen waren es 50 %, in Ebersberg 50 %, im Ostallgäu 49 %, in Lichtenfels 46 % und in Augsburg 46 %. Zum Teil werden auch heute noch Werte von mehreren tausend Becquerel gemessen. Weitere Details können den Anfragen der Abgeordneten Kamm und Magerl entnommen werden.

Wenn Wildfleisch heute mit mehr als 600 Becquerel belastet ist, darf es als Lebensmittel nicht mehr in den Verkehr gebracht werden. Eine gesetzliche Pflicht, die erlegten Wildschweine zu beproben, gibt es nicht. In Bayern gibt es lediglich insgesamt 100 Messstellen, die von den Bayerischen Staatsforsten und vom Bayerischen Jagdverband betrieben werden. Dort können die Jäger freiwillige Selbstkontrollen durchführen. Diese Messdaten werden jedoch nicht veröffentlicht. Jetzt könnte man fortlaufend weitere Anfragen stellen und die Daten damit in die Öffentlichkeit bringen. Wesentlich einfacher wäre es, diese Daten einfach so auf der Internetseite des Landesamtes für Umwelt der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Behauptungen des Bayerischen Umweltministeriums, die Veröffentlichung sei aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich, wird nicht nur von Daten-

schutzrechtlern wie Herrn Thomas Hofer vom Rechtsinformatikzentrum der LMU widersprochen. Auch die Praxis in anderen Bundesländern belegt, dass der Datenschutz der Veröffentlichung dieser Daten nicht im Wege steht. Auf den Internetseiten des Landesamtes für Umwelt findet man gegenwärtig nur die Messergebnisse, die im Rahmen des Integrierten Mess- und Informationssystems zur Überwachung der Umweltradioaktivität – IMIS – gemessen werden. Für das letzte Kalenderjahr 2013 gab es in Bayern nur 79 Messwerte für Radium- und Cäsiumbelastung bei Wildschweinen.

Da es fachliche Bedenken gibt, die Daten, die von den Jägern aufgrund der freiwilligen Selbstkontrolle an den qualifizierten Messstellen erhoben werden, in das IMIS-System zu integrieren, möchten wir den Antrag wie im Landwirtschaftsausschuss in geänderter Fassung zur Abstimmung stellen. Der Antrag lautet dann: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, sämtliche Werte, die an den von den Bayerischen Staatsforsten und vom Bayerischen Jagdverband betriebenen qualifizierten Radio-Cäsium-Messstellen gemessen werden, auf der Internetseite des Landesamtes für Umwelt zu veröffentlichen." Die Bürgerinnen und Bürger in Bayern haben aufgrund des Umweltinformationsgesetzes ohnehin einen Rechtsanspruch auf Offenlegung dieser Daten. Wir meinen aber, dass es auch aus Vorsorgegründen angebracht ist, über die heute noch vorhandene Strahlenbelastung zu informieren. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag in geänderter Fassung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Beißwenger von der CSU.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem ursprünglichen Antrag wurde die Staatsregierung aufgefordert, sämtliche Werte, die an den von den Bayerischen Staatsforsten und dem Bayerischen Jagdverband betriebenen qualifizierten Radio-Cäsium-Messstellen gemessen werden, in das Integrierte Mess- und Informationssystem zur Überwachung der Umweltradioaktivität, kurz IMIS, einzuspeisen und zu veröffentlichen.

Das IMIS wurde als Konsequenz der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl eingerichtet. Mithilfe dieses Systems soll die Umwelt kontinuierlich überwacht und sollen bereits geringfügige Änderungen der Radioaktivität in der Umwelt flächendeckend, schnell und zuverlässig erkannt werden. Sowohl langfristige Trends der radiologischen Lage als auch eine mögli-

che Unfallsituation können damit erfasst werden. Über 60 Laboratorien in Bund und Ländern sind an diesem Routinemessprogramm zur Überwachung der Umwelt beteiligt. Alle gemessenen Ergebnisse werden zusammengeführt, geprüft, aufbereitet und in übersichtlichen Dokumenten dargestellt. Auf der Internetseite des Landesamtes für Umwelt können bereits jetzt alle Messwerte der amtlichen Umweltradioaktivitätsmessung einschließlich der amtlichen Lebensmittelüberwachung eingesehen und individuell sortiert abgerufen werden.

Jeder Bürger kann sich also mittels der bereits jetzt eingestellten Daten über die radioaktive Belastung von Lebensmitteln ausreichend informieren. Aus den eingestellten Daten lässt sich deutlich erkennen, dass Wildschweine und Waldpilze noch heute teilweise radioaktiv belastet sind. Warum werden die Daten Dritter nicht einfach in das IMIS eingespeist, zum Beispiel die Werte der Messstellen der Bayerischen Staatsforsten oder des Bayerischen Jagdverbandes? – Sie werden genau deshalb nicht eingespeist, weil sie einen ganz anderen Zweck verfolgen. Diese Daten sind Eigenkontrollergebnisse der sogenannten Lebensmittelunternehmer, das heißt in diesem Fall der Jäger. Wir müssen hier ganz klar zwischen der Zielsetzung der Messung des Informationssystems und den zuletzt genannten Messungen unterscheiden. Diese Messungen sind sogenannte Entscheidungsmessungen. Sie sollen sicherstellen, dass kein belastetes Wildbret in Umlauf gebracht wird. Damit sichert sich der Jäger ab, der das Wild in den Verkehr bringt. Verbraucher und Konsumenten sind so ebenfalls geschützt. Grenzwerte müssen selbstverständlich eingehalten und untersucht werden. Alle sind so auf der sicheren Seite. Die Messgeräte, die die Jäger und auch die Staatsforsten verwenden, sind so ausgelegt, dass die Überschreitung des Grenzwerts von 600 Becquerel Radio-Cäsium pro Kilogramm ausgeschlossen werden kann. Deshalb werden sie ganz genau in diesem Bereich kalibriert. In diesem Bereich liegen deshalb auch die Eigenuntersuchungen der Jäger. Bei Werten darunter kann das Wildbret verwendet werden, bei Werten darüber nicht.

Schon allein weil die Untersuchungen in deutlich höheren oder deutlich niedrigeren Bereichen keine genauen Daten liefern müssen, sind sie weder für das IMIS noch für die Seite des Landesamtes für Umwelt geeignet. Sie genügen den hohen Qualitätsansprüchen des IMIS einfach nicht. Dieses stellt detaillierte Anforderungen, zum Beispiel bei der Probenentnahme und bei der Qualitätssicherung. Da es sich um Eigenkontrollergebnisse handelt, können sie aus Datenschutzgründen nicht so einfach in das Internet eingestellt werden. Weiterhin würde das Einstellen dieser Werte für einen erheblichen Mehraufwand in

der Verwaltung sorgen, der in keinerlei Verhältnis zu einem eventuellen Erkenntnisgewinn für den Bürger steht. Das ist ein wichtiger Punkt. Dem Jäger und uns Verbrauchern reicht die Genauigkeit aus, nicht aber dem IMIS oder dem Landesamt für Umwelt.

Einerseits ist also das Einspeisen dieser Daten in das IMIS aufgrund der unterschiedlichen Zielrichtungen beziehungsweise der Bedeutung der verschiedenen Werte nicht angebracht. Andererseits handelt es sich bei den Messwerten um Eigenkontrollergebnisse und nicht um Messergebnisse amtlicher Stellen. Deshalb haben die Daten auf diesen Seiten nichts verloren.

Der Sinn der Messergebnisse der Jäger besteht darin, diejenigen abzusichern, die Lebensmittel in den Verkehr bringen, sowie den Verbraucher zu schützen. Der Schutz der Verbraucher ist aber bereits gewährleistet, da keinerlei Wildbret mit Belastungen über dem Grenzwert in den Verkehr gebracht wird.

Aus den genannten Gründen lehnen wir den Antrag ab. Dennoch soll hier kein Zweifel an der Qualität unserer Lebensmittel aufkommen. Die Bayerischen Staatsforsten und die bayerischen Jäger führen eine funktionierende Eigenkontrolle durch und bringen mit einem erlegten Wild ein gesundes, sicheres und qualitativ hochwertiges Lebensmittel in den Verkehr. Lassen wir uns also den Appetit von niemandem verderben.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Außer Wildschwein!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Beißwenger. Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Kollege Scheuenstuhl gemeldet. Bitte sehr.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits vor über 50 Jahren gab es die erste nennenswerte radioaktive Verseuchung unserer Böden. Sie wurde durch oberirdische Atomwaffenversuche ausgelöst. Obwohl sie Tausende von Kilometern entfernt durchgeführt wurden, haben wir bei uns ihre Auswirkungen gespürt. Am 26. April 1986 explodierte ein Reaktor in der nordukrainischen Stadt Tschernobyl. Die radioaktiven Belastungen durch die Atomwaffentests in den 50er- und 60er-Jahren waren europaweit nur bedingt nachweisbar. Die Auswirkungen der Tschernobyl-Katastrophe waren jedoch bei uns und sogar in ganz Europa deutlich spür- und messbar. Durch einen starken Ostwind gelangte die radioaktive Wolke im April 1986 schließlich auch nach Bayern. Vorrangig waren Süd- und Ostbayern betroffen. Im europaweiten Vergleich nimmt der bayerische Raum eine Spitzenposition hinsichtlich der Strahlenbelastung ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Konsequenz aus dieser schrecklichen Katastrophe wurde im Jahr 2000 erstmals ein Konsens zwischen der damaligen rot-grünen Bundesregierung und den Energieversorgern erreicht. Diese Vereinbarung ebnete dem erklärten Ziel des Kabinetts Schröder, nämlich dem bundesweiten Ausstieg aus der Kernenergie, den Weg. Zehn Jahre später wurde dieses Ziel von einer schwarz-gelben Bundesregierung kassiert. Der Ausstieg aus dem Ausstieg war damals ein Thema in den Zeitungen. Schließlich wurden wieder Laufzeitverlängerungen genehmigt. Erst als es im Jahr 2011 erneut zu einem schweren Zwischenfall, dieses Mal im japanischen Kernkraftwerk Fukushima kam, dämmerte es langsam auch der konservativen Bundesregierung.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, darf ich Sie kurz unterbrechen? – Ich gebe bekannt, dass die CSU namentliche Abstimmung beantragt hat. – Bitte schön, Sie dürfen fortfahren.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Jetzt weiß ich nicht mehr, wo ich war. Ich bitte um mindestens 30 Sekunden Zuschlag.

Als es dann 2011 erneut zu einem schweren Zwischenfall im japanischen Kernkraftwerk Fukushima kam, dämmerte es so langsam auch den Konservativen, und man holte den Atomausstieg wieder aus der Schublade hervor. Nun soll das letzte Kernkraftwerk im Jahr 2020 vom Netz gehen.

Wir leiden aber immer noch unter den Hinterlassenschaften der Tschernobyl-Katastrophe. Geblieben sind uns langlebige Radionuklide. Besonders die Untersuchung der beiden Spaltprodukte Cäsium 134 und 137, welche nicht natürlich vorkommen, erlauben Rückschlüsse auf den Grad der Kontamination. Nun werden diese Stoffe natürlich von den Pflanzen aufgenommen. Die Pflanzen werden von den Tieren gefressen, manchmal werden sie auch von uns gegessen, so zum Beispiel die guten Pilze. Dadurch steigert sich die Belastung dann insbesondere bei den Wildschweinen. Hier müssen wir feststellen, dass hohe Werte gemessen werden.

Wie bereits erwähnt, liegt der Grenzwert bei 600 Becquerel pro Kilogramm. Wir wollen, dass diese Werte nicht überschritten werden. Übrigens wird, so weit mir bekannt ist, nicht jedes Stück Schwarzwild auf Radioaktivität untersucht. Das erfolgt auf freiwilliger Basis. Man kann nicht davon ausgehen, dass das Schwarzwild immer von Radioaktivität frei ist. Das nur als kleiner Einwand.

Die gemessenen Werte von über 10.000 Becquerel pro Kilogramm wurden bereits genannt. Der Vergleich mit den zugelassenen Werten von 600 Becquerel pro

Kilogramm zeigt, dass wir noch immense Belastungen haben.

Nun werden Werte veröffentlicht. Das ist richtig. Ich frage mich aber, warum nicht alle Werte veröffentlicht werden, die, soweit mir bekannt ist, dem Ministerium bzw. dem Landesamt für Umweltschutz auf freiwilliger Basis gemeldet werden. Warum werden nur stichprobenartig gemessene Werte veröffentlicht? Warum nutzt man nicht das ganze Potenzial, das hier vorhanden ist?

Die Messgeräte der Staatsforsten und der Jäger stehen übrigens unter Beobachtung des Landesamtes für Umweltschutz. Sie werden dort entsprechend kalibriert. Den Einwand wegen des Messbereichs muss ich zwar hinnehmen, ich glaube aber, dass beim Vergleich zwischen 10.000 Becquerel pro Kilogramm und 600 Becquerel pro Kilogramm die Abweichung tolerabel ist.

Wir schlagen deshalb vor, allen Bürgerinnen und Bürgern immer wieder vor Augen zu führen, wie gefährlich diese Technik ist und dass sie nicht beherrschbar ist. Zu dieser Konfrontation gehört es auch, dass wir alle Messwerte veröffentlichen, die uns zur Verfügung stehen. Wir sind der Meinung, dass den Menschen alle Messwerte zugänglich gemacht werden müssen. Daher stimmen wir dem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Scheuenstuhl. Für die FREIEN WÄHLER hat sich Kollege Kraus gemeldet.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Über 28 Jahre liegt die Katastrophe von Tschernobyl mittlerweile zurück. Wie es der Teufel will, haben wir damals blödsinnigerweise den "richtigen" Wind gehabt, also den Wind zu uns rüber. Normalerweise sind wir mit Westwind gesegnet. Wenn es aber passt, dann passt es, und damals haben wir Ostwind gehabt. Deswegen haben wir diese Misere, von der wir gerade reden.

Man hat damals ganz salopp gesagt, das war in Russland, das war eben so. Jahre später – das ist nicht so lang her – hatten wir in Fukushima, in einem hoch technologischen Land mit westlichen Standards, die gleiche Misere wieder, natürlich mit anderen Naturgewalten im Hintergrund. Das war ausschlaggebend für das Thema, über das wir reden, über die Belastung der Wildschweine und der Waldpilze mit Cäsium. Wir haben Grenzwerte, die allerdings sehr unterschiedlich ausfallen. Wir hatten 2013 im Bayerischen Landtag eine Anfrage gestellt, mit der wir die

Grenzwerte in Deutschland, Japan und der Ukraine erfahren wollten. Die deutschen Grenzwerte sind uns bekannt. Sie liegen bei 600 Becquerel. Japan hat ein Sechstel davon als Grenzwert, also 100 Becquerel. Über die Grenzwerte in der Ukraine ist uns komischerweise gar nichts mitgeteilt worden, warum auch immer.

In Bayern haben wir in verschiedenen Landkreisen eine noch größere Belastung. Am schlimmsten ist es in den Landkreisen Cham und Augsburg. Dort haben wir einen Wert von weit über 10.000 Becquerel. Dicht dahinter folgen die Landkreise Regen, Pfaffenhofen und Ebersberg. Ich kann mir das nur mit der Regenwolke von damals erklären, mit der dieses radioaktive Material abgelagert worden ist.

Sinn und Zweck des Antrags der GRÜNEN ist es, dass man ein bisschen mehr Transparenz für unsere Mitbürger erreicht. Wir haben von den Vorrednern schon oft gehört, dass die Werte bei den Jägern und den Messstationen vorhanden sind. Deswegen spricht aus unserer Sicht nichts dagegen, wenn wir alle Werte ins Internet stellen und veröffentlichen.

Sinn und Zweck des Antrags ist es, die Bevölkerung über diese Werte aufzuklären. Wenn man ein gutes Gewissen hat, hat man nichts zu verheimlichen. Deswegen kann man diese Werte ruhig öffentlich machen.

Ich war vor kurzem zufällig in einem Gasthaus mitten im Ebersberger Forst. Ein super Lokal! Ohne Werbung zu machen, kann ich es nur empfehlen, weil man dort mitten im Holz keinen Handy-Empfang hat. Dort hat man wirklich seine Ruhe. Es sind acht Kilometer Waldweg, bis man dorthin kommt. Ich habe dort gefragt, ob es vielleicht Wildsau gibt. Daraufhin ist mir gesagt worden, dass es schon die seit Jahren nicht mehr gibt. Der Wirtin würden zwar Wildschweine aus Tschechien angeboten, aber sie wüsste nicht, welche Becquerel-Werte diese haben. Es ist schon dubios, dass man das Wild, das vor der eigenen Haustüre geschossen wird, nicht verzehren darf, während der Import von Wild eventuell möglich ist. Allerdings hat die Wirtin auch gesagt, sie lasse auch von diesem Wild die Finger und weiche auf andere Produkte aus.

Kurz, wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN zu. Wir halten es für mehr als gerechtfertigt, diese Informationen allen Leuten zu geben. Zumindest sollen die, die daran interessiert sind, die Möglichkeit haben, sich im Internet zu erkundigen. Deswegen stimmen wir dem Antrag der GRÜNEN zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Kraus. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Deswegen wird die Aussprache geschlossen. Zur Abstimmung können wir aber erst in ein paar Minuten kommen, weil nach der Geschäftsordnung zwischen der Ankündigung und der Durchführung der namentlichen Abstimmung 15 Minuten liegen müssen.

Zwischenzeitlich gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zur Eingabe betreffend "Bayerisches Reinheitsgebot – rein ohne Gentechnik" bekannt. Das war der Tagesordnungspunkt 4. Dem Beschluss, die Eingabe aufgrund der Erklärung der Staatsregierung gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung zu erledigen, haben 85 Kolleginnen und Kollegen zugestimmt. Mit Nein haben 69 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist das Votum des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz bestätigt worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Dann haben wir das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Kamm und andere und Fraktion betreffend keine Dublin III-Abschiebungen von syrischen Flüchtlingen in Drittstaaten mit unzureichenden Standards bei Asylverfahren. Das ist die Drucksache 17/2217. Mit Ja haben 61 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 83. Es gab keine Stimmenthaltung, Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung folgende von der Fraktion der FREIEN WÄHLER mitgeteilte Ausschussbesetzungen bekannt:

Anstelle des Kollegen Bernhard Pohl wird Frau Kollegin Gabi Schmidt neues Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen.

Herr Kollege Johann Häusler wird anstelle der ausgeschiedenen Kollegin Ulrike Müller neues Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Außerdem wird Herr Kollege Johann Häusler anstelle der Kollegin Jutta Widmann neues Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie.

Schließlich gebe ich noch bekannt, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Dr. Leopold Herz anstelle der ausgeschiedenen Kollegin Ulrike Müller als neues Mitglied für den Beirat beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten" benannt hat. Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme. –

Jetzt unterbreche ich die Sitzung für fünf Minuten, bis wir in die namentliche Abstimmung eintreten können.

(Unterbrechung von 17.29 bis 17.31 Uhr)

- Meine Damen und Herren, die CSU-Fraktion hat soeben den Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgezogen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Zurufe: Bravo!)

Damit kommen wir gleich zur Abstimmung.

(Unruhe)

Ich bitte um Aufmerksamkeit. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt auf Drucksache 17/3586 die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 17/2411 in der geänderten Fassung zustimmen möchte – ich sage es noch einmal: statt "in das Integrierte Mess- und Informationssystem zur Überwachung der Umweltradioaktivität (IMIS) einzuspeisen und" wird "auf der Internetseite des Landesamts für Umwelt" gesetzt –, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die CSU-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Tagesordnung erledigt. Ich danke für die Mitarbeit und wünsche ein gutes Nachhausekommen.

(Schluss: 17.33 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bericht über Kriegsflüchtlinge aus Syrien, die im Rahmen der Dublin-III-Regelung abgeschoben werden
 Drs. 17/2074, 17/3579 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Josef Zellmeier, Jürgen W. Heike u.a. CSU
 Bericht über Reform des EU-Datenschutzrechts
 Drs. 17/2127, 17/3580 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Kein Fracking für Öl und Gas in Bayern
Drs. 17/2402, 17/3577 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berichts-antrag zum Gesetzgebungsverfahren der EU-Datenschutzgrundverordnung und den Reformbestrebungen bei Scoringverfahren
Drs. 17/2413, 17/3582 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fracking endlich bundesweit verbieten
Drs. 17/2423, 17/3578 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Situation und Kontrollen in den Putenmastbetrieben
Drs. 17/2531, 17/3587 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Interkommunale Zusammenarbeit muss umsatzsteuerfrei bleiben!
Drs. 17/2624, 17/3520 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Karl Freller, Markus Blume u.a. CSU
Den Menschen die Heimat erhalten – Für ein zeitgemäßes Angebot an angemessenem Mietwohnraum in allen Landesteilen sorgen
Drs. 17/2649, 17/3521 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Karl Freller, Markus Blume u.a. CSU
Den Menschen die Heimat erhalten –
Bayerisches Modernisierungsprogramm verbessern
Drs. 17/2650, 17/3522 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

10. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Karl Freller, Markus Blume u.a. CSU
Den Menschen die Heimat erhalten –
Wohneigentum für Familien stärker im Ort fördern
Drs. 17/2651, 17/3523 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auszug aus Gemeinschaftsunterkünften ermöglichen, die Pflicht zur
Wohnsitznahme in Gemeinschaftsunterkünften aus dem bayerischen
Aufnahmegesetz (AufnG) streichen
Drs. 17/2674, 17/3379 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Managementplan „Wölfe in Bayern“ Stufe 2 unverzüglich vorlegen!
Drs. 17/1438, 17/3524

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Rückkehrende Tierarten in Bayern-Managementplan §Wölfe in Bayern“ Stufe 2 endlich vorlegen!
Drs. 17/1471, 17/3525

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.11.2014 zur Eingabe betreffend "Bayerisches Reinheitsgebot - rein ohne Gentechnik" (UV.0060.17)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl			
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander			
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen			
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg			
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	85	69	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.11.2014 zu Tagesordnungspunkt 5: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Keine Dublin III-Abschiebungen von syrischen Flüchtlingen in Drittstaaten mit unzureichenden Standards bei Asylverfahren (Drucksache 17/2217)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert				Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim		X	
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun				Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold		X	
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin			
Dr. Dürr Sepp	X			Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto			
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther		X					
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl				Karl Annette			
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg			
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	61	83	0